

Bezugspreis:

Vom 30. Sept. - 6. Okt. 25 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 30. Septbr. - 6. Oktbr. für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich u. Ungarn 41 000 000 M., für das übrige Ausland 52 000 000 M. Postbezugspreise freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Stellung und Meinungen“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 5. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkontonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distanz-Gesellschaft, Postkontofache Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:

Die einseitige Rundpreisliste 400 Mark. Restpreisliste 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 120 Mark. (zweiwöchig zwei fertige Wörter) jedes weitere Wort 60 Mark. Stellenangebote das erste Wort 60 Mark., jedes weitere Wort 30 Mark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Mark. Alle Grundpreise mal Schlußsatzzeit 50 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Das zweite Kabinett Stresemann.

Ohne Sozialdemokraten. - Politisch farblosere Ersatz für die Sozialdemokratie.

Dr. Stresemann setzte im Laufe des gestrigen Tages seine Bemühungen fort, ein neues Kabinett zustande zu bringen. Eine in Umlauf gelechte Ministerliste, die eine markante Rechtsorientierung des neuen Kabinetts verraten hätte, erwies sich als falsch. Insbesondere kommt der Sinesedirektor, Herr Minoug, dessen Name eifrig kolportiert wurde, nicht in Betracht. Der Reichskanzler scheint bestrebt zu sein, möglichst viele der bisherigen Minister beizubehalten und die durch den Austritt der Sozialdemokratie freiwerdenden Plätze mit Persönlichkeiten zu besetzen, die parteipolitisch nicht abgetrennt sind.

Als im Amt verbleibende Minister nannte man: Gehlert, Brauns und Juchs. Als Landwirtschaftsminister soll der Präsident der Landwirtschaftskammer von Brandenburg, Herr v. Oppen, in Aussicht genommen sein. Die Ernennung der neuen Minister ist im Laufe der letzten Nacht noch nicht erfolgt. Der Reichskanzler will jedoch das neue Kabinett noch im Laufe des heutigen Tages zustande bringen und mit ihm vor den Reichstag treten.

Der bisherige Ernährungsminister Dr. Luther soll Finanzminister werden, doch steht das noch nicht fest.

Zentrum und Demokraten unternahmen gestern einen letzten aussichtslosen Wiederbelebungsversuch an der großen Koalition. Sie schickten Herrn Marx zu Dr. Scholz, um seine Unterfertigung zu gewinnen, erhielten jedoch einen abschlägigen Bescheid. Dadurch wurde die sozialdemokratische Fraktion der Mühe enthoben zu sagen, daß sie an den Erfahrungen, die sie in den letzten Tagen machte, genug habe und danke.

Die logische Konsequenz der jüngsten Entwicklung wäre es gewesen, wenn nun Herr Dr. Scholz mit der Bildung einer Regierung betraut worden wäre, die sich auf die Rechte stützt. Herr Dr. Scholz hätte aber dafür nicht einmal die Unterstützung der eigenen Partei gehabt, von Zentrum und Demokraten nicht zu reden. Mit der Marx-Gruppe und den Deutschnationalen allein kann man verfassungsgemäß nicht regieren, und der Reichspräsident kann zwar auf Wunsch einer Mehrheit eine Regierung ernennen, über die er sich seine eigenen Gedanken macht, er kann aber nicht einer Regierung in den Sattel heissen, die entweder überhaupt nicht oder nur gegen die Verfassung regieren kann.

Die Wiederberufung Stresemanns war vom Zentrum und den Demokraten gewünscht worden, und da auch die Deutsche Volkspartei nach ihrem tapferen Streich sich wieder fest und treu zu dem „Führer“ bekannt hatte, war Herr Dr. Stresemann der gegebene Mann, um die Neubildung des Kabinetts in die Hand zu nehmen. Ein Kabinett Stresemann hat noch die beste Aussicht, die Mitte für sich zu gewinnen - wie aber steht es rechts und links?

Wohl hat der deutschnationale Herr Graef-Thüringen in seiner letzten Reichstagsrede Änderungen vorgeschlagen, aus denen zu schließen ist, seine Partei würde jede sozialistischer Regierung unterstützen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob das auch für eine neue Regierung Stresemann gilt. Herr Stresemann ist für die Deutschnationalen das rote Tuch, er ist Sozialagen „ein Marxist“, also das Schrecklichste, was sich eine blöde Spießhahnenphantasie vorstellen kann. Herr Stresemann müßte bei der Neubildung seiner Regierung schon sehr weit nach rechts gehen, wenn er Aussicht haben sollte, bei den Deutschnationalen Absolution für frühere Sünden zu finden.

Für die Sozialdemokratie aber ist die Lage klar. Herr Stresemann ist der Führer der Deutschen Volkspartei, die unter dem Einfluß ihres schwerindustriellen Flügels steht. Auch er ist diesem Einfluß unterlegen, denn er ist durch ihn gegen seinen Willen gezwungen worden, als Reichskanzler der großen Koalition zu bemissionieren und ein sozialistischer Kabinett zu bilden. In einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung hat er sich, so schwer es ihm auch gefallen sein mag, der Rechtsgruppe seiner Partei beugen müssen. Dem Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit der Volkspartei in der Reichsregierung standen breite Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten, große Teile der Partei von vornherein mit Mißtrauen gegenüber, und niemand wird nach den Erfahrungen der letzten Tage sagen können, daß dieses Mißtrauen unberechtigt gewesen ist. Das Experiment ist gemacht worden, es war kurz, und es ist mißlungen. Mit welchen Gefühlen müssen jene Massen einem neuen Kabinett Stresemann gegenüberstehen, das schon durch seine „Befreiung“ vom sozialdemokratischen Einfluß den Sieg der Schwerindustrie dokumentiert?

Auf der anderen Seite hat zwar die Sozialdemokratische Partei der Rat des Bundes Rechnung getragen, indem sie sich

dem Experiment der Regierung auf breiter Grundlage nicht versagte, sie hat aber auch jene Prophezeiungen widerlegt, nach denen sie auf dem Wege sein sollte, sich zum Werkzeug der Kapitalisten zu machen. Sie hat dadurch zweifellos neues Vertrauen gewonnen eben bei den breiten Massen, die der neuen Regierung mit tiefem Mißtrauen gegenüberstehen.

Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem neuen Kabinett ergibt sich daraus von selbst. Mag auch Herr Stresemann versichern, daß sein Programm das alte geblieben sei, so hat dieses Programm doch durch die Ereignisse der letzten Tage eine ganz neue Interpretation bekommen. Tatsachen wiegen schwerer als Worte.

Die Sozialdemokratische Partei hat den ehrlichen Versuch unternommen, in der Koalition die Interessen des Volkes und seiner breiten arbeitenden Massen wahrzunehmen. Dieser Versuch ist an dem engstirnigen Klassenegoismus der „Wirtschaftskreise“ gescheitert, das Reich ist mit einem Ruck dem Abgrund näher geschleudert worden. Jedermann muß wünschen, daß die Folgen dieses Verbrochens für das deutsche Volk weniger furchtbar sein mögen, als allgemein vorausgesetzt wurde - aber an dem, was davon kommt, trägt die Sozialdemokratie keine Verantwortung, kann sie keine übernehmen.

Die „Germania“ schreibt den Krisenmachern der Volkspartei bittere Wahrheiten ins Stammbuch. Der Punkt, den die Volkspartei in den Vordergrund gerückt habe, die Frage der Arbeitszeit, sei nicht erst seit gestern aktuell und brauche in einer Zeit der Kurzarbeit nicht Hals über

Kopf erbedigt zu werden. Man könne keiner Partei zumuten, sich derartigen Forderungen, wenn sie in ultimativer Form gestellt werden, ohne weiteres zu beugen. Auf dieser Grundlage sei eine Koalitionspolitik unmöglich. Das Zentrum müsse sich einer Regierung verjagen, die die Arbeiter verdrängt oder unternimmt, und sei nach wie vor der Ansicht, daß die beste Regierung die ist, die einen breiten parlamentarischen Rückhalt hat.

Ueber die Verhandlungen, die dem Sturz der Regierung vorausgingen, berichtet die „Germania“:

Das Zentrum hat in den beiden letzten Tagen versucht, die kritische Frage auf dem Boden der großen Koalition auszugleichen. Seine Unterhändler haben in Uebereinstimmung mit der fast einmütigen Auffassung der Fraktion nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie an dem Gedanken der großen Koalition festhalten und daß es möglich sein müsse, hier zu einer Verständigung zu kommen. Gerade in der Arbeitszeifrage hat das Zentrum den Sozialdemokraten dadurch die Situation erleichtern wollen, daß es der Regelung dieser Angelegenheit auf dem geschwähigen Wege zustimmte. Dieser Beschluß ist in der Zentrumskraktion mit allen gegen vier Stimmen gefaßt worden. Hätten sich alle Parteien auf diesen Beschluß geeinigt, dann wäre der Hauptstreitpunkt beseitigt gewesen.

Das mag richtig sein. Aber ebenso richtig ist, daß der dem Zentrum angehörige Arbeitsminister Dr. Brauns in der Kabinettsitzung diesem Ausweg die Zustimmung versagte und dadurch erst die letzte Entscheidung herbeigeführt hat.

Etwas sonderbar mutet es an, wenn das offizielle Organ der Volkspartei, „Die Zeit“, Bewahrung dagegen einlegt,

Arbeitnehmer seid auf dem Posten!

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeitnehmerschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Zerfall der deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt: in Deutschland selbst erheben sich ihre erbittertesten Feinde; im eigenen Land holen ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entscheidenden Schlag aus.

Dieselben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfstandpunkt zum Vorwurf machten, haben jetzt ihrerseits die

Sturmflut des rücksichtslosesten Klassenkampfes gegen die Arbeitnehmer entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn von Kahr verfolgen nur den Zweck, unter Schonung der arbeitfeindlichen und antikrepublikanischen Elemente auf scheinbar legalem Wege die Arbeitnehmerschaft wirtschaftlich und politisch in die alle Hingabe zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitnehmer zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale, arbeiten sich in die Hand. Alle sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben.

Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinandergehen, eint sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion. Die Entschädigung der deutschen Arbeitnehmerschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch sogar die Sozialpolitik, d. h. die Regelung der sozialen Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose

jeder Einflussnahme des Parlaments und der Gewerkschaften zu entziehen,

um sie nur noch in die Hand einer mit unbeschränktem Vollmachten ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitszeit ohne das in der Verfassung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionen vorgeben, diesen Kampf gegen die Arbeitnehmerschaft im Namen der Nation, im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Machenschaften entgegengetreten. Sie waren und sind die

Vorkämpfer des Reichsgedankens in allen von Sonderbündlern und Monarchisten gefährdeten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört.

Die Erben der Nation waren ihre entschlossensten Verteidiger, sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie mit Fähen treten. Die furchtbare Teuerung steigert täglich die Entbehrung und die Not in den Familien, trotz der hohen Nominallöhne. Unsere wirtschaftlichen Gegner möchten diesen fargen Entgelt noch vermindern. Am die letzte Kraft aus den Arbeitern herauszuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eigenem Belieben verlängern. Sie werfen die Arbeiter auf die Strafe. Unabsehbarer wirtschaftliche Not erwartet die Scharen der Arbeitslosen.

Diesem Bunde der Arbeiterfeinde gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr. Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eigenen Reihen politische Gegensätze auszutragen und eure Kräfte zu zerstückeln. Gegen die Feinde der Arbeitnehmerschaft muß die geeinte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Ansturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen - wenn es sein muß auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen! Haltet Disziplin! Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die deutsche Republik!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Grafmann. AFA-Bund Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Aufhäuser. Jankenberg.



daß der Rücktritt des Kabinets Stresemann das Ende der großen Koalition bedeute. Es heißt da:

„Gewiß ist der Versuch gescheitert, aus der großen Koalition im Reich eine feste und dauerhafte Regierung zu schmieden. Aber damit ist der Gedanke der großen Koalition keineswegs erledigt. Dieser Gedanke behält seine volle Berechtigung und er behält hoffentlich auch seine volle Lebenskraft da, wo er sich durchgesetzt hat. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn von der Krisis im Reich irgendwo ein Rückschlag auf die Regierungsverhältnisse in Preußen ausgehen sollte. Wir hoffen bestimmt, daß das nicht der Fall sein wird. Es wäre nicht minder verhängnisvoll, wenn durch die Krisis im Reich nun in der Sozialdemokratie die Kräfte frei werden sollten, die nach einer Vereinigung mit den Kommunisten streben, und wenn im Verlaufe einer solchen Entwicklung in Sachsen und in Thüringen ein fester Zusammenschluß der Linken zustande kommen sollte. Dieser Zusammenschluß ist bisher verhindert worden. Von der Werbekraft des Gedankens der großen Koalition wird es abhängen, ob in der Sozialdemokratischen Partei die gemäßigte Strömung die Oberhand behält und denjenigen Kräften gewachsen ist, die nun den längst ersehnten Strich zwischen dem „Proletariat“ und der bürgerlichen Schicht ziehen wollen.“

Dieser Argumentation gegenüber muß doch daran erinnert werden, daß innerhalb der Volkspartei der Flügel die Oberhand gewonnen hat, der den Kampf gegen den „Marxismus“ auf seine Fahne geschrieben hat. Die Volkspartei war es, die diesen Ruf von den Deutschen Nationalen übernommen hat. Wenn die Volkspartei nachträglich Angst vor dieser Nachbarschaft bekommen haben sollte, so können auch hier die Bedenken 24 Stunden zu spät. Jedenfalls kann sich das plötzlich so sehr geschätzte „Proletariat“ nicht dazu hergeben, sich für Handlangerdienste der Volkspartei bereitzustellen, nachdem man ihm die Stühle vor die Tür gesetzt hat. Die Herren, die so nötig die „roten Ketten“ abgeschüttelt haben, mögen zusehen, wie sie sich mit dem deutschen Völkchen noch abfinden.

Die Sozialdemokratische Partei wird ihren Weg auch ohne die guten Ratsschläge der Volkspartei finden, und wenn die „Kreuzzeitung“ eine Spaltung unserer Partei auf dem nächsten Bezirksparteitag voraussetzt, so wird sie ihr blaues Wunder erleben. Die Sozialdemokratie wird es an der nötigen Klarheit, nach der die „Deutsche Tageszeitung“ so sehr ruft und die die Volkspartei ebenso sehr fürchtet, nicht fehlen lassen. Man höre nur, was das edle Agrarierorgan verlangt:

„Nur wenn die Arbeit durch Mehrleistung dort, wo irgend die Möglichkeiten dafür vorliegen, wieder wirtschaftlich lohnend wird, und sei es zunächst auch nur unter harter Vermehrung der Arbeitslosigkeit, können wir wieder eine im ganzen gesunde Wirtschaft aufbauen.“

Man kann den Bürgerlichen und Herrn Stegerwald, dem „Christlichen“ Arbeiterführer, zu ihren neuen Bundesgenossen gratulieren! Hier enthält sich der Sinn des „Antimarkismus“ in seiner reinsten Blüte.

### Links-Koalition in Sachsen?

Dresden, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In den nächsten Tagen ist in Sachsen eine Entscheidung von weittragender Bedeutung zu erwarten. Bekanntlich hat sich die SPD. angeboten, unter bestimmten Voraussetzungen in die sächsische Regierung einzutreten. Der daraufhin eingesezte sozialdemokratische Ausschuss, der die Bedingungen unserer Partei gegenüber dem kommunistischen Verlangen festsetzen und das von der SPD. veröffentlichte Notprogramm prüfen sollte, hat sich am Mittwoch und Donnerstag in längeren Sitzungen mit den schwebenden Fragen beschäftigt. Auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich in mehrfachen Besprechungen sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. In der Donnerstagssitzung wurden die Vorarbeiten so weit erledigt, daß die entscheidende Besprechung des Landesparlamentarischen Ausschusses und der Landtagsfraktion, in der voraussichtlich über die Erweiterung der Regierung abge-

stimmt werden wird, am Freitagmittag stattfinden kann. Daß die Gesamtdemission der Reichsregierung auf die bevorstehende Entscheidung nicht ohne Einwirkung bleiben wird, kann wohl als selbstverständlich betrachtet werden. Bei einer Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten wird der Landtag, der sonst erst am 9. d. M. zusammentreten soll, wahrscheinlich früher einberufen.

### Zeitungsverbote in Bayern.

„Völkischer Beobachter“ und zum Ausgleich zwei Linksblätter.

München, 4. Oktober. (W.B.) Die Korrespondenz Hoffmann teilt mit: Der „Völkische Beobachter“ ist am Donnerstag vom Generallandeskommissariat bis zum 14. Oktober einseitlich verboten worden, weil er, und zwar trotz ausdrücklicher Verwarnung vor dem Abdruck solcher schon von ihm gebrachten Aufsätze, einen in seiner Wirkung an Landesverrat grenzenden Aufruf mit der Überschrift „Artilleristen, macht feuerbereit“ veröffentlicht hat. Dieser Aufruf bedeutet eine schwere außenpolitische Gefährdung des deutschen Volkes.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut: „Artilleristen! Macht feuerbereit! Bald wird das Kommando zur Feuereröffnung erteilt, dann darf keiner von euch fehlen! Durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft. Meidet auch zum Artillerieregiment der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei!“

So erteilt nun das Münchener Schandblatt doch noch sein Schicksal, freilich gemildert durch die bayerische Diktatur gegen die Linksparteien und gegen das Reich. Bekanntlich hat Kahr das gefehlmäßige Verbot des Hitlerblattes durch den Reichswehrminister in verfassungswidriger Weise zunächst verweigert und dem Blatt noch mehrere Tage hindurch ermöglicht, seine elende Heherei weiterzutreiben. Diese Verhöhnung der Reichsgewalt fällt einzig und allein auf das Konto Kahrs. Wenn er den „Völkischen Beobachter“, der übrigens auf Geheiß der Reichsgewalt nicht mehr von der Reichsbahn und Post befördert werden darf, jetzt für einige Tage hindert, neben seinem Geschimpfe die Hitler-Ludendorffsche Armeespielerei zu betreiben, so geschieht das wohl unter dem Einfluß der Bayerischen Volkspartei, die schon lange die Aktivität der Deutschvölkischen mit einer gewissen Beklemmung verfolgt. Für diese Partei ist jetzt offenbar das Maß voll.

Zum Verbot des geliebten oder gefürchteten Hitlerblattes mußte sich der Herr v. Kahr gewiß einen tüchtigen Stoß geben, der einen Ausgleich erfordert, wenn er das seelische Gleichgewicht wiederfinden soll. Diesen Ausgleich bilden die Verbote der sozialdemokratischen „Freien Presse“ in Ingolstadt und der demokratischen „Morgenpost“ in Nürnberg.

### Kahrs Justizminister Nationalsozialist.

München, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige bayerische Justizminister Dr. Roth, der sich seit langem vollständig auf Hitler eingestellt hat, es aber trotzdem damit vereinbar hielt, als deutschnationaler Abgeordneter Rühmlicher des von ihm so heftig bekämpften Parlamentarismus zu sein, ist nunmehr aus der Fraktion der Bayerischen Mittelpartei ausgetreten. Veranlassung dazu gab ihm eine Vertrauenskundgebung der Partei für Kahr, gegen die Roth eine Reihe von Einwendungen erhob, die aber unberücksichtigt blieben. Der Schritt des maßlos ehrgeizigen Ministerialrats Dr. Roth ist sicherlich auf eine Wahrung des „Völkischen Beobachters“ an alle Parlamentarier zurückzuführen, die dahin ging, die Herren Parlamentarier möchten sich doch im eigenen Interesse möglichst schnell auf den Boden der Tatsachen stellen, um den Anschluss an den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu verpassen. Dr. Roth hält sich offenbar prädestiniert zum ersten Reichsjustizminister unter dem Hakenkreuzbanner.

### New Yorker Dollarkurs: Geld 500, Brief 476 Mill. M.

man jedoch gegen die neudeutschen Schnaps- und Alkorfuben, eine der wenigen Errungenschaften der großen Tat der U.S.B. vom November 1913, zu Felde ziehen wollte, so wäre das nur zu billigen. Aber das Geschick, das diese Trinkeräume besucht, ist doch zum großen Teil im Lager der U.S.B. und der Kommunisten.“ Sehr nett, bemerkt dazu Kroeplin, ist der Versuch, dem Biertrinken den Anstrich einer vaterländischen Tat geben zu wollen.

Im Juli 1920 kam aus dem Statistischen Amt eine Arbeit „Alkoholmißbrauch und Irren“. Hiergegen erfolgte eine Entkräftungsbildung der Münchener Brauereien, die folgende Blüten aufweist: „Da die Bayern immer zwei- bis dreimal soviel Bier getrunken hätten, wie die übrigen deutschen Stämme, müßten sie längst irrsinnig geworden sein. Eines sieht jedenfalls fest, daß die bayerische Bevölkerung nicht „narrisch“ wird, wenn sie künftig ein gehaltreicheres Bier trinken darf; eher aber wenn sie auch weiterhin Dünnbier trinken muß.“

Ganz aus dem Häuschen über diese Statistik kam aber das Blättchen des „Abwehrbundes gegen die Ausschreitungen der Abstinenz“. Es sei absolut unzulässig, daß eine staatliche Anstalt, die vom Gelde der Steuerzahler und nicht nur von Abstinenzern eingerichtet worden sei, einem derartigen Jozek zur Verfügung gestellt werde. Die interessierten Kreise der Landwirtschaft und der Gärungsindustrie, heißt es weiter, sollten baldigst Stellung nehmen gegen dieses Treiben. Diese Professoren taugten absolut nicht als Lehrer an einer Hochschule, da ihnen jede objektive Beobachtungsgabe fehle, welche die erste Voraussetzung für einen akademischen Lehrer bilde.

Sogar der liebe Gott wird zum Kronzeugen aufgerufen. In einer Eingabe an den frommen König Ludwig III. heißt es: „Sollte der allgütige Schöpfer die Herstellung des förtlich erquickenden Biersensens nur deswegen stillschließend gefördert haben, um das Menschengeschlecht zugrunde zu richten und auszurotten?“ Zum Schluß noch ein Auszug aus einem Bericht, den der „Abstinente Arbeiter“ über eine Tagung des großen Ausschusses des Deutschen Brauerverbandes vom 14. Oktober 1921 bringt. Ein Redner empfahl dort, gegen die Rührereibewegung eine „nationale Sicherheitsfront“ zu schaffen. „Wir dürfen nicht sagen, gegen die Abstinenz ankämpfen zu wollen, sondern wir müssen das Publikum glauben machen, daß wir nur gegen die Ausschüsse der Abstinenz ankämpfen.“ Dr. Neumann-Bern schlägt vor, im Alkohollapital stehende Wissenschaftler für Abfassung von Berichten „in unserem Sinne“ zu gewinnen zu suchen. Diese Artikel müssen eigens für die Zeitungen bearbeitet sein und in ihrem Ton auf den Charakter der Blätter abgestimmt werden. Sie müssen so gefärbt sein, daß nicht einmal die interessierten Kreise merken, daß der Artikel im Interesse der Brauindustrie geschrieben ist.“

Diese Ausführungen beleuchten bühnenartig die Korruption, die sich in einem großen Teil der bürgerlichen Presse breitgemacht hat, und es ist zu ihrer Beweisraft nichts hinzuzufügen.

Ein neues Fremdenbier in Jerusalem. Die Vereinigten Staaten haben der Stadt Jerusalem ein größeres Terrain in dem Alkohollapital zum Geschenk gemacht, und zwar soll hier ein neues Bierstil entstehen, das ganz moderne Güter enthalten wird. Während der nächsten drei Jahre sollen hier Baiten mit einem Kokernanbau von einer halben Million Dollar erlöst werden und man will damit einen Mittelpunkt für die Anziehung von Europäern schaffen.

### Kahrs Streikverordnung.

München, 4. Oktober. (W.B.) In einer stark besuchten Funktionärversammlung der christlichen Gewerkschaften Augsburgs nahm der dem linken Flügel der Bayerischen Volkspartei angehörende Landtagsabgeordnete Funke Stellung zur Verordnung Kahrs betr. die Verhütung von Streiks und Aussperrungen. Der Redner erklärte dabei, daß die Verordnung nicht oder wenigstens nicht in diesem Umfang nötig gewesen wäre. Der Schutz lebenswichtiger Betriebe wäre völlig ausreichend gewesen. Die christliche Arbeiterschaft habe sich immer gegen milde Streiks gewehrt, sie wolle aber keine Ausschöpfung des Koalitionsrechtes. Die Ausführungen des Redners fanden lebhafteste Zustimmung.

### Niederschönenfeld.

Im Rechtsausschuß des Reichstages erfolgte gestern eine Beratung verschiedener Petitionsbeschwerden politischer Strafgefangener in der bayerischen Strafanstalt Niederschönenfeld und in bayerischen Festungen. Hierzu führte die Abg. Frau Büßler (Soz.) aus, daß eine Reihe von Strafgefangenen, die gleichzeitig am mitteldeutschen Putsch beteiligt gewesen seien und vom bayerischen Volksgericht zu Festungshaft verurteilt worden seien, Anspruch darauf erheben, daß sie unter das Gesetz für Straffreiheit vom 21. Juli 1922 fielen. Das bayerische Oberlandesgericht habe diesen Standpunkt verworfen. Des weiteren referierte Rednerin über Beschwerden der Strafgefangenen Toller und Rühfam, deren literarische Arbeiten von der Gefängnisverwaltung beschlagnahmt worden seien.

In Rücksicht darauf, daß zurzeit fast alle Fraktionen tagten und eine ausführliche Aussprache über die Beschwerden sich wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht bewerkstelligen ließe, vertagte sich jedoch der Ausschuss, ohne irgendwelche Beschlüsse zu fassen.

### Die Unruhen in Feucht.

Das Urteil des Volksgerichts.

Nürnberg, 4. Oktober. (W.B.) Vor dem Volksgericht wurden in diesen Tagen die Ausschreitungen verhandelt, die sich am 2. Juni in Feucht ereignet haben. Dort war es bei einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Volksversammlung zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Angehörigen der Reichspolizei gekommen. Als die herbeigeholte Landespolizei sich anschickte, das Versammlungsort zu räumen, kam es zu den erwähnten Ausschreitungen. Das Volksgericht verurteilte den angeklagten Arbeiter Gammel zu einem Monat Gefängnis, während der Mitangeklagte Böhrer freigesprochen wurde.

Feucht ist seit langem eine deutschvölkische Hochburg. Die Arbeiter vor Feucht hatten zwar vor dem 2. Juni unter dem Terror der Deutschvölkischen zu leiden. Bei der sozialdemokratischen Versammlung verursachten die Mitglieder der Reichspolizei die widernatürlichsten Szenen. Landespolizei griff zugunsten der Störenfriede ein. Zwei unserer Genossen waren die Todesopfer des Mummels. Es nimmt wohl nicht weiter Wunder, daß diese Vorfälle den bayerischen Justizbehörden Anstoß gaben, gegen unsere Genossen vorzugehen. ....

### Der Ausnahmezustand im Westen.

Münster, 4. Oktober. (W.B.) Der Befehlshaber des Wehrkreises VI in Münster gibt mit Zustimmung des Regierungskommissars bekannt: Ich verbiete für den Wehrkreis VI jede öffentliche Versammlung, auch in geschlossenen Räumen. Ausnahmen von diesem Verbot bedürfen in jedem Falle meiner besonderen Genehmigung. Ferner verbiete ich die Bildung proletarischer und anderer Selbstschutzhundertschaften oder Formationen. Bereits bestehende Hundertschaften, Formationen und dergleichen sind hiermit aufgelöst. Schon früher erlassene Verbote bleiben bestehen. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung nehme ich Bezug auf die Strafbestimmungen nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923. Die Anordnung tritt sofort in Kraft.

### Arbeitspausen.

Der Mensch ist oft mit einer Maschine verglichen worden. Aber während in der Maschine die abgenutzten Teile nach deren Sitzstand durch neue ersetzt werden, kann die menschliche Maschine nicht völlig still stehen und kann nicht abgenutzte Teile abmontieren und durch neue ersetzen. Das organische Leben bedingt eine ständige Erneuerung aller Kleinsten, dem Auge unsichtbarer Stoffwechsel im menschlichen Körper. Dieser Stoffwechsel aber ist auch nur dann ohne Störung möglich, wenn zwischen die Zeiten der Arbeit auch Zeiten der körperlichen und geistigen Ruhe eingeschaltet werden. Die Ruhe des Urlaubs, des Sonntags, der Nacht sind die großen Pausen, wo die Maschine, ohne völlig still zu stehen, den Ausgaben des Stoffwechsels dienlich ist.

Aber auch während der Tagesarbeit selbst sind einzelne Pausen nötig. Der Körper muß ausshnappen, muß dem Blut freien Lauf durch die entspannten Muskeln gönnen, um die Säuren fort- und neue Lebenskraft zuzuführen. Die Worte, die der bayerische Landesgewerkschaftsminister, Ministerialrat Dr. Köhler, in seinem Jahresbericht für 1922 schreibt, verdienen die ernsteste Beachtung jedes Volkswirtschaftlers: Seit Einführung des Achtstundentages hat sich immer mehr das Bestreben geltend gemacht, die Pausen möglichst zu kürzen, beziehungsweise bis auf eine etwa halbstündige Mittagspause ganz wegzulassen zu lassen. Im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft kann dieser Bestreben nicht scharf genug entgegengetreten werden. Es ist zwar verständlich, wenn der Arbeiter trachtet, möglichst bald wieder aus dem Betrieb heraus- bzw. heimzukommen. Aber der arbeitende Organismus braucht nun einmal eine gewisse Erholungszeit während der Arbeit, insbesondere nach der Rohrausnahme; eine mindestens einständige Mittagspause und je eine etwa viertelstündige Pause während des Vormittags und Nachmittags (bzw. entsprechend verteilt bei anderer Schichtlage) ist eine naturgemäße Forderung, die ungestraft auf die Dauer nicht mißachtet werden darf. Wenn auch in einigen Monaten oder selbst Jahren ein deutlicher ungünstiger Einfluß auf Gesundheit und Arbeitskraft nicht nachgewiesen werden kann, so sind die Folgen eines derartigen „Aushaunens“ bestimmt im Laufe der Jahre zu erwarten. Die richtige Regelung der Pausen bedarf daher einer dringlichen Beachtung der Arbeiter selbst sowohl als auch der Organe des Arbeiterschutzes und der Arbeitgeber.

Stiebs gegen Schillings. Kapellmeister Dr. Fritz Stiebs hat nunmehr den Rechtsanwalt Dr. Alberg mit der Wahrung seiner Interessen gegen den Intendanten des Opernhauses beauftragt. Die Klage, die bei dem Bühnenschiedsgericht eingereicht ist, stützt sich darauf, daß die Intendantur durch die Ueberordnung des neuberufenen Dirigenten Kleider unter dessen gleichzeitiger Ernennung zum Generalmusikdirektor die retrograden Rechte Stiebs verlegt hat. Die Klage mündet in der schweren Vorwurf, daß Intendant v. Schillings durch eine Verquickung seiner persönlichen Interessen mit denen des Opernhauses zu dem Dr. Stiebs menschlich und künstlerisch gleich schwer verlegenden Schritt gelangt sei.

Die Schlüsselzahl des Buchhandels beträgt von heute ab sechzig Millionen.

### Alkoholkapital und Tagespresse.

Von Dr. med. Robert.

Diese Ausführungen sind einem im Verlag von Julius Springer 1923 erschienenen Buche „Wirkungen der Alkoholkapitalität während des Weltkrieges“, herausgegeben von Prof. Kroeplin, München, entnommen und bringen von bürgerlicher Seite zahlreiche Belege, wie das Großkapital die Presse in seine Dienste stellt. Kroeplin berichtet hier über seine persönlichen Erfahrungen bei der Bekämpfung des Alkoholismus. Er schreibt gleich zu Anfang: „Ein wesentliches Hindernis für die Befreiung vom Alkoholeis ist die ungeheure wirtschaftliche Macht des Alkohalgewerbes, die natürlich in der angenehmen Wirkung des Bites einen Bundesgenossen findet.“ Aber auch die maßgebend sein sollenden Stellen sind sich der eminenten Gefahr des Alkoholismus für das Volk nicht bewußt. So erklärte doch der frühere Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, im Reichstag, daß seit Jahren an Schnaps gewöhnliche Arbeiter durch eine plötzliche Entziehung arbeitsunfähig würden. In Würzburg wurde ein Antrag, den Brautleuten eine Warnung vor dem Alkoholen zu geben, im Städtat fast einstimmig abgelehnt, wobei der Bürgermeister betonte, der bayerische Volkarakter sei nicht dazu angetan, so enthaltsam zu leben, wie das Werkblatt es wolle.

Wie stellt sich aber die Tagespresse zur Alkoholfrage? Kroeplin berichtet darüber, daß es ihm trotz vielfacher Bemühungen im Laufe von 20 Jahren kaum jemals gelungen sei, einen Beitrag in einer Tageszeitung zu bringen, der dem Kampf gegen den Alkohol diene.

Zu Beginn des Krieges wurde Kroeplin von der Schriftleitung der Münchener „Neuesten Nachrichten“ aufgefordert, „einen guten kräftigen Gedanken oder einige herablassende Worte für die Truppen im Felde zur Verfügung zu stellen.“ Kroeplin hatte erschlatternde Nachrichten über alkoholische Ausschreitungen im Felde und zu gleicher Zeit eine Aufforderung zur reichlichen Entsendung von Wein und Schnaps an die Front bekommen. Er schrieb deshalb eine kurze Mahnung über die Gefahren des Alkohols. Sie ist nie gedruckt worden, er hat nicht einmal eine Antwort auf die von der Schriftleitung erbetene Einwendung erhalten.

Als die Einführung des Starbieres bevorstand, wurde von verschiedenen Körperschaften, darunter dem Gewerkschaftsverein und den christlichen Gewerkschaften, eine Petition an den Landtag gerichtet, die sich dagegen aussprach. Ein 69 Zeilen langer Auszug wurde an sämtliche Münchener Tageszeitungen gefandt. Nur zwei Zeitungen antworteten. Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ berichteten in 49 Zeilen darüber und veröffentlichten im gleichen Blatt eine Einblendung des bayerischen Brauereis. Die andere Zeitung wird von Kroeplin nicht genannt. Die bayerische „Staatszeitung“ stellte den Artikel zurück, da die Frage „noch nicht spruchreif“ sei. In der gleichen Zeit zählte Kroeplin neun Artikel mit circa 600 Zeilen im Interesse des Alkoholkapitals.

Wie Kroeplin und mit welchen Verdächtigungen das Brautkapital gegen politische Parteien vorgeht, zeigen folgende Ausführungen in einer nicht genannten bürgerlichen Zeitung: „Wenn



## Das Ausland und die Krise.

Paris, 4. Oktober. (EP.) Die Entwicklung der deutschen Krise wird von den Abendblättern aufmerksam verfolgt. Am meisten hat die Tatsache überrascht, daß Stresemann von neuem die Bildung der Regierung übernommen hat. Die Ausschaltung der Sozialdemokraten wird als beunruhigende Tatsache angesehen, und einige Blätter sprechen davon, daß Deutschland rasch und unabänderlich dem offenen Zustand gegen den Versailler Vertrag entgegengehe. Der „Temps“ glaubt, daß die Sozialdemokraten sich gewissermaßen selbst aus der Regierung ausgeschlossen hätten. Ihr Versuch, Deutschland zu den Linksparteien zurückzuführen, sei vollständig mißlungen, und Deutschland gehe jetzt um so entschiedener einer Rechtspolitik entgegen. Die Sozialdemokraten könnten vielleicht als Entschuldigung entgegennehmen, sie seien von der jüngeren und aktiveren kommunistischen Partei verdrängt worden.

Moskau befürwortete offensichtlich die Wiederherstellung der deutschen Monarchie.

in dem Glauben, daß dadurch ein Anlaß zu einem neuen europäischen Krieg und Gelegenheit zur Weltrevolution gegeben würde. Der Generalstab der 3. Internationale täuschte sich aber, wie die Ereignisse eines Tages beweisen würden. Weiter erinnert der „Temps“ an einen Erlaß v. Kahr's, wonach für Unterstützung der Befehlsmächte die Todesstrafe vorgelesen sei. Die bayerische Regierung möchte dies wahrscheinlich auf die Pfalz anwenden. Frankreich werde in dieser Beziehung gute Ordnung schaffen. Es sei jetzt kein unnützes Unternehmen mehr möglich, seit

### Berlin und München sich offen verdrängen

haben, und während Frankreich die Erlangung der Reparationen organisiert, werde es aber gleichzeitig auch an seine Sicherheit denken. Das „Journal des Debats“ glaubt, daß v. Kahr und Stresemann das Ziel verfolgen, den Versailler Vertrag zu zerstören. Sie seien nur in der Wahl der anzuwendenden Mittel auseinandergewandert. Der passive Widerstand sei ein verfehlter Kampf gegen den Versailler Vertrag gewesen. Jetzt trete die Rebellion offen zutage. Die „Viberte“ schreibt, daß Stresemann nach Vorbereitung eines Kapp-Putsch (I) der Diktatur entgegengehe. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die unterernährte Arbeiterbevölkerung diesmal dem Putsch ebenso wirksam begegnen könne wie das erste Mal.

Mailand, 4. Oktober. (EP.) Die politischen und diplomatischen Kreise in Rom sind über die Krise in Deutschland und deren Entwicklungsmöglichkeit sehr beunruhigt. Die französischenfreundliche Presse bezeichnet die Krise als

### ein Mandat der deutschen Großindustrie.

Der „Corriere d'Italia“ nennt den Sturz Stresemanns einen Sieg der Rechten. Die „Stampa“ schreibt, besonders mahne die separatistische und monarchistische Bewegung in Bayern zur Aufmerksamkeit, die ein katholisches Süddeutschland anstrebe, das zugleich auf Wien und Bozen blicke, und das von französischen Nationalisten unterstützt werde. Die Erhaltung eines einheitlichen und demokratischen Deutschlands sei für Italien von Wichtigkeit und eine europäische Notwendigkeit.

## Ritter von der eisernen Stier!

In ihrem Bestreben, den Arbeitern eine möglichst lange Arbeitszeit aufzudrängen und dabei die Sozialdemokratie zu verfeinden, verlegt sich die „Deutsche Tageszeitung“ zu dieser Schamlosigkeit:

Für die furchtbare Kohlennot, die angesichts des nahenden Winters unermessliches Elend über unser Volk bringen kann, trägt die Sozialdemokratie die Verantwortung. Mit der Selbstmordpolitik, die unter ihrem Einfluß bisher getrieben wurde, muß endlich Schluss gemacht werden!

Das kann geschrieben werden in einer Zeit, da die Braunkohlen- und Brauereibetriebe immer weitere Betriebe wegen Abzugs-mangel stilllegen, während die städtischen Rassen keine Kohlen für den Winter kaufen können, da die Papiermarkeneinnahmen zum größten Teil für die Produkte der Landwirtschaft verausgabt werden müssen. Die ungeheuerliche Ausplünderung der arbeitenden und arbeitslosen Massen durch die „Erzeuger“ aller Art wird noch durch den John verschärft, der in der verlogenen Bekämpfung liegt, die Sozialdemokratie bei einem Kohlenmangel schuld. Eine seltsame Garde, diese Ritter von der Eisenstier!

## 39 1/2 Billionen Defizit in 10 Tagen!

### Gleich hohe Vermehrung der schwebenden Schuld.

Der Ausweis der Reichshauptkasse für die Defizite vom 21. bis 30. September weist eine Einnahme von 640 Millionen Mark und eine Ausgabe von 40 065 Millionen Mark auf. Es entfällt also ungefähr auf 63 Mark Ausgabe 1 Mark Einnahme. Die ungeheure Steigerung der Ausgaben wird auf die Auszahlung der Oktobergehälter an die Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten und das Anwachsen des Lebenshaltungsindex erklärt. Ferner fallen noch die Ausgaben für die besetzten Gebiete und die Abhebung der deutschen Reichsbahn infolge der Einnahmeausfälle im Westen ins Gewicht. Infolge der ungeheuren Anforderungen an die Reichskasse vermehrte sich die schwebende Schuld, die am 20. September noch 7 342 Billionen betragen hatte, auf 46 716 Billionen. Sie hat sich also in 10 Tagen um 39 374 Billionen gesteigert. Die Zinsen für die schwebende Schuld betragen in der Berichtszeit allein 5 271 Billionen.

## Marokko und Ruhrgebiet.

Die Rede des britischen Außenministers Lord Curzon auf der Reichskonferenz wird nicht veröffentlicht, und ob sie, bei der beschlossenen Geheimhaltung, auf dem anderswo üblichen Weg der Indiskretion bekannt werden wird, ist zweifelhaft. Man kann also nicht schon sagen, daß Curzon die Wendung von der stillen Ablehnung der französischen Ruhrpolitik zur lauten Billigung verkündet hat, die die Pariser Aussprache Poincaré-Baldwin gebracht haben dürfte — aber die folgende Meldung erinnert zu sehr an frühere ähnliche französisch-türkische Tauschgeschäfte auf Kosten Deutschlands, als daß man ihr nicht glauben sollte!

### Eine Londoner TL-Meldung berichtet:

Als erste Frucht der neuen englisch-französischen Freundschaft teilt der „Daily Telegraph“ mit, es sei der französische Vertreter von Paris aus instruiert worden, den englischen Forderungen in der Langerfrage weitgehend entgegenzukommen.

Ein ähnliches Entgegenkommen bezüglich der deutschen Frage ist bisher nicht zu bemerken, vielmehr macht die „Times“ auf einen Artikel des halbsozialistischen französischen Militärkollektives „Echo de Rhin“ aufmerksam, der in die Aufforderung an die Rheinländer ausgingt, eine separate Republik zu errichten, die als bald den französischen Schutz gewinnen werde. Der Korrespondent der „Times“ behauptet, daß einige der größten deutschen Industriellen, um ihren Reichtum zu retten und Beziehungen mit Frankreich anzuknüpfen, nunmehr den Plan einer rheinischen Republik begünstigen.

Solche Behauptungen über die Haltung der Schwerindustrie sind bisher immer entrüftet demontiert worden; es wird wohl auch diesmal geschehen.

Ueber die in Deutschland so viel erörterte Haltung Belgiens zur Ruhrfrage berichtet der Brüsseler „Temps“-Korrespondent, der natürlich poincaréistisch eingestellt ist, folgendes:

Paris, 4. Oktober. (EP.) Eine führende belgische Persönlichkeit erklärte dem Brüsseler „Temps“-Korrespondenten, man habe den Eindruck, daß Stresemann, anstatt eine einfache Politik der Unterwerfung Deutschlands unter die Verpflichtungen des Versailler Vertrags zu verfolgen, gewisse Kniffe habe gebraucht und glauben machen wolle, als genüge die einfache Zurückziehung der Widerstandsverordnungen, um die Entente zu einer Änderung des Charakters der Befehle zu veranlassen. Aber Belgien sei durch die Erfahrungen gewarnt worden. Es vergesse nicht den früheren Reichsanwalt Dr. Wirth, den alle Alliierten zu Unrecht unterstützt (?) hätten. Daraus sei übrigens ein Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten entstanden.

Belgien fordere die vollständige Unterwerfung Deutschlands unter seine Verpflichtungen.

Frankreich und Belgien würden ihre Absichten bis zum Erfolg fortsetzen. Keinem Reichsanwalt würde eine andere Politik übrig bleiben, als sich den Bestimmungen des Friedensvertrags zu unterwerfen.

Londoner Pressstimmen liegen in folgendem Auszug vor:

Frankfurt a. M., 4. Oktober. (TL.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Die neuesten Ereignisse in Deutschland werden wenig kommentiert. Die „Westminster Gazette“ hält Frankreich vor, daß ein Auseinanderfallen des Reiches kein Vorteil wäre, weil der Reparationsschuldner verloren gehe und Frankreichs Sicherheit nicht erhöht werde, denn ein neues Reich würde während der nächsten Generation wieder zusammenwachsen. Die „Times“ glauben, das deutsche Volk werde vielleicht die Reaktion als Dampfschiff gegen den Friedensvertrag hinnehmen, aber auf die Dauer nicht bereit sein, das Joch der Junkerkasse wieder auf sich zu nehmen.

## Der Stoß gegen das Rheinland.

Bln, 4. Oktober. (Wth.) Die „Rheinische Zeitung“ sagt über den neuesten Meisterstreich der Deutschen Volkspartei, daß die maßgebenden Männer dieser Deutschen Volkspartei dem Bestande des Rheinlandes einen viel schwereren Stoß versetzt hätten, als es die Haufen sonderbündlerischer Gruppen dem Lande tun könnten. „Unsere durch nichts zu erschlatternde Ueberzeugung ist, daß jede Regierung der deutschen Republik scheitern wird, welche Lösungsversuche ohne aktive Mitverantwortung der breiten Massen, vertreten durch die Sozialdemokratie, unternimmt oder gegen sie die Dinge meistern will. Sie wird in kürzester Frist vor dem politischen und wirtschaftlichen Chaos stehen.“

## Die Toten von Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Oktober. (Wth.) Die Liste der Toten und Verwundeten, die nach dem Zusammenstoß am Sonntag in die Krankenhäuser eingeliefert wurden, weist insgesamt 78 Personen auf, davon 4 Tote, 9 Schwerverletzte, 17 Mittelschwer- und 45 Leichtverletzte.

## Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

Von zuverlässiger Seite wird aus Geisenkirchen mitgeteilt: Zurzeit ist die Stimmung unter den deutschen Gefangenen sehr gedrückt, da diese über ihr Schicksal völlig im Unklaren sind und da die Erwartungen, daß die Franzosen sich minderten die politischen Gefangenen freilassen würden, sich nicht erfüllt haben. Wie groß noch die Zahl der Gefangenen ist, geht daraus hervor, daß sich in achtzehn Gefängnissen des Ruhrgebietes und des Brückenkopfes Düsseldorf noch 15 000 Gefangene befinden. Dazu kommen noch mehrere Tausend Gefangene, die sich in den Gefängnissen des altbesetzten Gebietes befinden, weiter jene Unglücklichen, die sich in Frankreich in St. Martin de Ré und anderen Orten, in Belgien in Berviers befinden.

Im übrigen werden auch nach Einstellung des passiven Widerstandes den Gefangenen keinerlei Erleichterungen gewährt. So ist ihnen z. B. das Lesen politischer Tageszeitungen immer noch verboten; die Haft ist vor allem deshalb für viele gegenwärtig eine fiesliche Warte, weil sie über die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet und in Deutschland nur sehr mangelhaft unterrichtet sind. Auch die Unterbringung der Gefangenen läßt nach wie vor sehr zu wünschen übrig. So leiden die 170 Gefangenen, die aus dem Werderer Zuchthaus in ein Elstener Gefängnis gebracht worden sind, unter der Raumnot. Ein Teil von ihnen ist gezwungen, auf dem Fußboden zu nächtigen.

## Konflikt mit den Beamten.

### Abbruch der Verhandlungen.

In später Nachtstunde wird uns gemeldet: Obwohl die Reichsregierung nach den vom Reichstag ausdrücklich gebilligten Juli-Abkommen verpflichtet ist, in Verhandlungen eine Anpassung der Beamtengehälter an die Geldentwertung vorzunehmen, erklärten die Regierungsvertreter am Donnerstag plötzlich, keine Vollmacht für eine Anpassung ab 1. Oktober zu haben. Hierbei spielte auch der Umstand eine Rolle, daß die Regierungsvertreter angeblich nicht wußten, ob die bisherigen Minister die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterführen. Sie erklärten schließlich, weder den Minister Dr. Hüfner noch den Staatssekretär Schröder erreichen, für ihre Person aber keine Stellung nehmen zu können.

Angeichts dieser Lage sah sich die Kartellkommission der Gewerkschaften veranlaßt, unter Protest den Verhandlungsstapel zu verlassen.

## Moskauer Hinrichtungen.

### Aufrührerprozess in Warschau.

Riga, 4. Oktober. (TL.) Nach hier eingegangenen Nachrichten hat die politische Hauptverwaltung (Tscheka) in Moskau von den in den letzten Tagen Verhafteten 12 Personen erschließen lassen. Unter den Erschossenen befinden sich keine bekannten Namen.

Lodz, 4. Oktober. (Wth.) Die Verhandlung gegen eine kommunistische Gruppe wegen Aufwiegelung zum Aufbruch endete damit, daß sieben Angeklagte zu je 3 Jahren Gefängnis, zwei zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, die übrigen freigesprochen wurden.

„Was die Arbeiter zu erwarten haben!“ Zumulungen an die Arbeiter! Mit diesen selten Ueberschriften überschreibt die volksparteiische „Zeit“ die Nachricht, daß — Degoutte den Achtstundentag einführen will.

# Wirtschaft

## Der Achtstundentag im Lichte der Statistik.

Wenn jetzt die Industrieunternehmer mit der anmaßenden Behauptung auftreten, daß nur durch eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit der wirtschaftlichen und sozialen Krise entgegengetrieben werden kann, so muß man demgegenüber immer wieder die Frage stellen, inwieweit die Industrie überhaupt heute in der Lage ist, die Mehrzahl der Arbeiterschaft auch nur acht Stunden lang täglich zu beschäftigen. Bereits die Berichte der Preussischen Handelskammer legen mit großer Eindringlichkeit dar, daß die Absatzkrise im Monat September große Betriebs Einschränkungen und Stilllegungen nach sich gezogen hat. Dieses Gesamtbild der deutschen Wirtschaft, das jeder Arbeiter in seiner Werkstatt beobachten kann, wird bestätigt durch die Erhebungen des Reichsarbeitsblattes über den deutschen Arbeitsmarkt im August 1923, die jetzt bekannt werden. Es ist dabei zu beachten, daß die neuesten Zahlen dieser Berichte auf den Anfang September und nur vereinzelt auf die Mitte September fallen, daß die Verschlechterung des Gesamtarbeitsmarktes während des Monats September noch nicht genügend klar spiegelt.

Der Arbeitsmarkt zeigt demnach eine ausgesprochene Verschlechterung. Besonders stark sind hier von betroffen Metallindustrie, Bekleidungsindustrie, Baugewerbe und Bekleidungsindustrie, vor allem aber wie immer in derart kritischer Zeit die Masse der Lohnarbeit wechselnder Art verrichtender Arbeitnehmer. Schon die Beschäftigungsstatistik der Krankenkassen zeigt, nachdem sie seit dem Monat Mai immer gestiegen war, einen Rückgang um 2,6 Proz. an, während sie im Vormonat noch um 0,7 Proz. zugenommen hatte.

Die Statistik der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in den deutschen Fachverbänden ergibt eine außerordentliche Verschlechterung. Nach den vorliegenden Zahlen waren etwa 82,3 Proz. der Arbeiterschaft nicht oder nur unzureichend beschäftigt. Davon entfielen 6,3 Proz. gegen 3,5 Proz. Ende Juli auf Arbeitslose, 26 Proz. auf Kurzarbeiter. Demnach war bereits Ende August jeder dritte Arbeiter von dem Recht, täglich acht Stunden zu arbeiten, ausgeschlossen. Arbeitslos war jeder fünfzehnte Arbeiter, auf Kurzarbeit angewiesen jeder vierte Arbeiter. Wie schon betont, ist die Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Laufe des Monats September in diesen Zahlen nicht enthalten. Die Statistik der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen gibt für die Gestaltung des Arbeitsmarktes in den letzten Wochen nur unzulängliche Anhaltspunkte, weil die Unterstützungsberechtigung erst nach einer Wartefrist einsetzt und weil nicht alle Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Dagegen bestätigt die Monatsstatistik der Arbeitsnachweise die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. Während die Zahl der Arbeitsuchenden erheblich anstiehwoll, gingen das Stellenangebot und die Stellenbesetzung zurück. Auf je 100 offene Stellen kamen im August 340 männliche und 173 weibliche Arbeitsuchende, während die entsprechenden Ziffern des Vormonats 212 bzw. 132 waren. Auch hier ist also eine erhebliche Steigerung eingetreten. Dagegen sank die Zahl der vermittelten Arbeitsuchenden von 39 auf 25 Proz., die der offenen Stellen von 70 auf 68 Proz.

Diese Gestaltung des Arbeitsmarktes ist ein Beweis dafür, daß Mehrarbeit allein in der Wirtschaft nicht gefunden werden kann. Zahllose Arbeitswillige sind außerstande, ihren Willen zur Arbeit zu betätigen. Das hat seine Ursache in der unrationellen Produktion, die auf einzelnen Gebieten, wie im Kohlenbergbau, fast gänzlich durch Ueberproduktion wirtschaftlicher gestaltet werden kann. Die Sozialdemokratie hat sich aber zu der Zeit, als sie das Reichswirtschaftsministerium inne hatte, mit den Bergarbeitern über derartige Mehrleistungen verständigen können. Auf den meisten anderen Gebieten genügt die Verlängerung des Arbeitstages keineswegs. Man beobachtet nur das Versagen der Banken bei der Umwicklung des Geld- und Kreditverkehrs, während gerade in diesem Gewerbe Ueberstunden in großer Zahl geleistet werden! Fraglos ist ein erheblicher Teil der Arbeitsvorgänge, welche durch die Währungsverschlechterung herbeigeführt ist, an der Uebersteigerung der Preise schuld, welche den Warenabsatz erschwert. Aber es waren ja nicht nur „Marginalen“, sondern in hervorragender Weise auch bürgerliche Wirtschaftskräfte und vor allem kapitalistische Interessentengruppen, welche gegen das Preisrückgang der Rohstoffhersteller und über die Willkür in der Preisfestsetzung des größten Teiles der Industrie scharfen Protest erhoben haben. Durch die Regierungskrise ist die Lösung der Währungsfrage wieder einmal verzögert worden. Die gesamte Arbeiterschaft, welche jetzt unter den verheerenden Folgen der Arbeitskrise und unter dem Beschäftigungsmangel leidet, ist größter Not ausgeheilt infolge der raschen Teuerung, die mit dem sprunghaften Steigen des Dollarkurses wieder eingetreten ist. Wenn aber die Interessenten selbst betätigen, daß durch wirtschaftlichere Gestaltung der Produktion, durch Verzicht auf Uebergewinne und durch Rückkehr zu rationaler Kalkulation die Uebersteigerung der Warenpreise herbeigeführt ist, so wird jede wie immer geartete Regierung auch hier, ja in erster Linie hier, den Hebel ansetzen müssen, um die Kaufkraft der Bevölkerung mit den Warenpreisen in eine gesunde Beziehung zu bringen und damit den Abzug des Achtstundentages betreibt, muß also auf das schärfste zurückgewiesen werden.

### 2460fache Teuerung im September.

Für den Durchschnitt des Monats September berechnet sich die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Befriedigung) auf das 15millionenfache gegenüber dem 588 000fachen im Durchschnitt des August; die Steigerung beträgt 2460 Proz. Dem Lebensindex liegen die Erhebungen in 71 Gemeinden an den vier Stichtagen des September zugrunde; außerdem liegen noch die Indexziffern vom 27. August und 1. Oktober zur Ermittlung der Teuerung in den beiden ersten und sechs letzten Septembertagen entsprechende Berücksichtigung. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt September auf das 13,2millionenfache, die Bekleidungskosten auf das 28,5millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Goldzolnkauf und Landabgabe. Für die Zeit vom 6. bis 9. Oktober einschließlich beträgt das Goldzolnkauf 6 689 999 900 Prozent (eine Goldzollmark = 669 000 000 Papiermark). Der Umrückungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 6. bis 9. Oktober einschließlich 66 000 000 für je eine Goldmark.

Russische Getreidegeschäfte. In diesen Tagen hat die russische Aktiengesellschaft für Getreideausfuhr, Exportable, den ersten Posten Hafer der diesjährigen Ernte nach Finnland verkauft. — Mit Frankreich ist ein Abkommen über die Lieferung von 20 000 Tonnen Weizen und Reis abgeschlossen worden. — In die Türkei hat die Gesellschaft Exportable 2000 Tonnen Getreide geliefert, mit Italien ist ein Abkommen über sofortige Lieferung von 2500 Tonnen geschlossen worden.

Amerikas Ausfuhr nach Deutschland besief sich nach Mitteilung des amerikanischen Handelsdepartements in den ersten 8 Monaten dieses Jahres auf 191 000 000 Dollars. Im August betrug die Ausfuhr 23 260 000 gegenüber 21 301 000 Dollars im August 1913.



# Gewerkschaftsbewegung

## Teuerung und Löhne.

Sie haben wiederholt auf die Richtlinien hingewiesen, die zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vereinbart worden sind. Es wurde darin u. a. festgelegt, daß in Zeiten starker Geldentwertung eine Vorauszahlung der Teuerung während der Verbrauchswoche auf Grund des Dollarkurses und der Großhandelspreise vorgenommen werden soll. Diese Vorauszahlung ist durchaus logisch, ganz abgesehen von ihrer Notwendigkeit, und paßt sich dem Geschäftsgebräuch der Unternehmer an, die ja bekanntlich gleichfalls nach dem Dollarkurs die Preise berechnen.

Diese Vereinbarungen sind von den Unternehmern jedoch niemals eingehalten worden. In Zeiten vorübergehender Marktlage oder eines langsameren Abflusses der Markt weigern sich die Unternehmer sogar, die Löhne dem Lebenshaltungsindeks entsprechend anzupassen und berufen sich auf den Dollarkurs. Es ist deshalb sehr doppelt dumm, daß die Gewerkschaften, auf dem einen Weg zu sein und sich im Laufe dieser Woche, soweit das nicht schon geschehen sein sollte, auf keinen Fall auf eine Lohnvereinbarung einzulassen, die sich auf die Reichsindeksziffer der Lebenshaltungskosten stützt. Nach dieser Reichsindeksziffer betrug die Teuerungszahl am 1. Oktober 40 400 000 M. Am 2. Oktober betrug jedoch die Teuerungszahl der Großhandelspreise bereits mehr als das Doppelte, d. h. das 84,5-malige der Verbrauchswoche.

Da sich die Kleinhandelspreise jetzt fast unmittelbar den Großhandelspreisen anpassen, ja anpassen müssen, die Großhandelspreise ihrerseits die Tendenz haben, sich im selben Tempo dem Dollarkurs anzupassen, soweit der Dollarkurs steigt, muß damit gerechnet werden, daß die Lebenshaltungskosten in der Verbrauchswoche gegenüber der Vormoche sich nicht um 44,3, sondern um mindestens 200 Prozent, wahrscheinlich jedoch um mehr als 200 Prozent, erhöhen werden. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß bei allen Lohnverhandlungen, unter Bezugnahme auf die Richtlinien, auf den Dollarkurs und auf die Großhandelspreise hingewiesen wird. Ein Lohnausgleich von 44 Prozent in Wirklichkeit einer Lohnkürzung von mehr als 50 Prozent gleich. Bei den Gläubigern, die gegenwärtig gezahlt werden, wäre eine derartige Lohnkürzung einfach nicht zu ertragen.

## Produktionseinschränkungen...

### Die Lüge der notwendigen Arbeitszeitverlängerung.

Wie uns aus Breslau gemeldet wird, haben die Arbeitgeber des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues den Schiedspruch über die letzte Lohnhöhung wegen Abfahrschwierigkeiten abgelehnt. Sie kündigen gleichzeitig, ebenso wie vor einiger Zeit bereits die schlesischen Brauereibetriebe, die Einlegung von Feiertagen an und wollen vorläufig vom Donnerstag an einen ganzen Tag wöchentlich ein-sparen lassen. Gleichzeitig ist ein großer Teil der verarbeitenden Industrie gerade in Schlesien nicht in der Lage, den Rohlenbedarf zu decken und selbst die Hausbrandversorgung ist hier in der nächsten Nähe eines der größten Kohlengebiete der Welt für den Winter noch völlig ungesichert. Der Bericht auf die Abkündigung der heute bereits gefällten Arbeitszeit durch die Arbeitgeber des Kohlenbergbaues beleuchtet die Unwahrscheinlichkeit der Begründung für die letzten Vorläufe gegen den Achtstundentag. Nicht der Wunsch nach Produktionssteigerung kann diese Vorläufe veranlaßt haben, da die Arbeitgeber ihrerseits jede Produktionssteigerung durch ihre Preistatulationen und ihre Stilllegungsmaßnahmen täglich mehr sabotieren, sondern nur der Wunsch nach Niederknüpfung der Arbeiterorganisationen unter Verzicht auf jede rationelle Wirtschaftsgestaltung.

## Und Massenentlassungen.

Aus dem Verwaltungsgebäude der Siemens-Schubert-Werke sind jetzt 200 Angestellte wegen „Personalverminderung“ entlassen worden, denen am 15. Oktober weitere 400 Werkangehörige und am 1. November abermals 200 zum Teil langjährige Angestellte folgen werden.

Wie wir erfahren, stehen auch bei den Gaswerken in Schmaragdorf Massenentlassungen von Arbeitern unmittelbar bevor.

## Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie.

Der am 20. 9. von dem Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch ist von den Arbeitgebern endlich angenommen worden. Damit ist laut Schiedspruch der vorherige Spruch als erledigt zu betrachten. Der Spitzenlohn beträgt somit für die Zeit vom 24. bis 30. 9. 20 000 000 M.

So die technische Möglichkeit besteht, soll nach dieser Woche die endgültige Verrechnung erfolgen. Ist diese Voraussetzung nicht vorhanden, so soll eine weitere Vorzahlung am Freitag bzw. Sonnabend stattfinden.

Der Wichtigkeit wegen wird ersucht, die Tarifverträge II a und II b im Verbandshaus des DRG, Abt. Leipzig Mühlisch in Empfang zu nehmen.

## Tarifverhandlungen für die Angestellten im Einzelhandel.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt an: Die Verhandlungen über die Festlegung der Gehälter der Angestellten für die erste Oktoberswoche haben zu einer Vereinbarung nicht geführt, weil die Angehörigen der Arbeitgeber so hart unter den Forderungen der Angestellten blieben, daß eine Einigung nicht zu erzielen war. Es ist daher der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Die Einzelhandelsangestellten hat in Anwesenheit der Vertreter der Angestellten die Anordnung getroffen, daß am Freitag, den 5. Oktober, spätestens Sonnabend, den 6. Oktober, eine Kontozahlung erfolgt, die sich zusammensetzt aus  $\frac{1}{2}$  der zuletzt erfolgten Zahlung plus Index vom 4. Oktober in Höhe von 44,3 Prozent.

## Lohnregelung im Baugewerbe.

Durch die Tarifkommission der an dem Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sind für das Berliner Hoch-, Tief- und Betonbaugewerbe für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober 1923 folgende Löhne vereinbart worden:

Hoch- und Betonbau: Maurer, Zementfacharbeiter, Einschaler, Stein- und Kalkträger 36 058 000 M., Kalkschläger, Wasserträger, Mäster und Zementarbeiter 35 157 000 M., gelbte Bauarbeiter 34 255 000 M. pro Stunde.

Tiefbau: Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 34 222 000 M., Ständige Flagarbeiter 33 505 000 M., Maschinenisten I. Klasse 33 120 000 M., Maschinenisten II. Klasse 33 058 000 M., Maschinenisten III. Klasse 32 588 000 M., Schlosser, Schmiede, Monteure 33 058 000 M., Kranführer und Rüstler 33 900 000 M., Hilfsmonteure, Hilfschlosser, Bergarbeiter, Gerüstführer, Pfostenmacher 34 255 000 M. pro Stunde, Bagger für 7 Schichten, a 8 Stunden, 1 427 000 000 M., Frischwächter pro Stunde 82 819 000 M., Schweißmeister 1 942 000 000 M., Voliere 1 949 000 000 M., Werkzeugenschäbiger pro Stunde 271 000 M. für Facharbeiter.

Am Freitag, den 12. Oktober, gelangt ein Vorschlag von 1 200 000 000 M. zur Auszahlung. Kurzarbeiter erhalten einen entsprechenden geringeren Vorschlag.

Für die Zimmerer wurde auf Grund der zentralen Abmachungen von den Tarifparteien für das Lohngebiet Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Velten, Oranienburg und Königshagenhausen der neue Lohn für die Lohnwoche vom 29. September bis 5. Oktober wie folgt verordnet: Der Stundenlohn für Zimmerer beträgt für diese Zeit 33 058 000 M. und die Werkzeugenschäbiger 341 000 M. pro Stunde. Die Schlichtungsschiedscheidung ist wie folgt festgesetzt:

	Gruppe A	Werkzeugenschäbiger	Gruppe B	Werkzeugenschäbiger
Im 1. Sechsmonatjahre	3 006 000	54 100	5 409 000	81 100
2.	5 409 000	81 100	7 212 000	108 200
3.	7 212 000	108 200	9 015 000	135 200
4.	10 818 000	162 300	12 621 000	188 300
5.	14 424 000	216 400	16 227 000	248 400
6.	18 029 000	270 400	19 833 000	297 500

Am Freitag, den 12. Oktober, ist an Vollarbeiter ein Vorschlag von 1 200 000 000 M. und an Kurzarbeiter vier Fünftel der Summe zu zahlen. Auch Lehrlinge erhalten einen ihrem Lohn entsprechenden Vorschlag.

Achtung, Töpfer! Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Berlin lautet für die Zeit vom 23. September bis 6. Oktober auf 10 Prozent über den tarifmäßigen Maurerstundenlohn. Demgemäß wäre zu zahlen vom 23. bis 29. September ein Stundenlohn von 28 215 000 M., vom 30. September bis 6. Oktober ein Stundenlohn von 29 663 800 M. Die Akkordgrundpreise erhöhen sich um das 28 215 000- bzw. 29 663 800fache. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung ist auf 3 Tage festgesetzt.

Der Lohn für Meier beträgt für die Zeit vom 23. September bis 4. Oktober 28 280 000 M., für Hilfsarbeiter für diese Zeit 19 600 000 M.

Die Löhne im Buchdruckgewerbe. Die Lohnkommission setzte gestern für die Woche vom 6. bis 12. Oktober folgende Spitzenlöhne fest: Für Gehilfen 2 500 000 000 M. (Stundenlohn 52 083 333 M.), für Hilfsarbeiter 2 250 000 000 M., für Anfertigerinnen 1 800 000 000 M., für Hilfsarbeiterinnen 1 620 000 000 M. — Angesichts der Entwicklung auf dem Lebensmittelmarkt wird dringend empfohlen, Abschlagszahlungen nach der wirtschaftlichen Möglichkeit der einzelnen Betriebe am Dienstag zu leisten. Braun, Gloth.

Lohnvereinbarungen in der Herrenmodebranche. Die Akkordstundenlöhne für die jetzt laufende Lohnwoche betragen in Klasse I und II: 29 000 000, III: 23 420 000, Klasse IV: 28 130 000 M. Der Zeilohn ist in allen Klassen gleich. Alles übrige bleibt wie bisher. Der Arbeitgeberverband hat Anweisung gegeben, die Löhne der Vormoche, die in der Spitze 25 610 000 M. betragen, zur Auszahlung zu bringen. Sätze, die nicht von den Firmen ausgezahlt werden, werden eingeklagt.

Die Lohnverhandlungen für die Chirurgiemechanik haben folgendes Ergebnis gezeitigt: Für die Woche vom 16. bis 22. September werden die Löhne auf die Vormoche um 173,5 Prozent erhöht. Für die Woche vom 23. bis 29. September kommt auf die Erhöhung von 173,5 Prozent eine weitere Zulage von 66,05 Prozent für Kurzarbeiter hinzu, falls die Abrechnung bis Sonnabend nicht fertiggestellt werden kann, ein Vorschlag in derselben Höhe gewährt. Jugenblüher Arbeiter und Arbeiterinnen von 14—18 Jahren werden nach dem WBRG-Tarif entlohnt.

Für die kaufmännischen Angestellten im Speditionsgewerbe wurden mit dem Verband der Berliner Spediteure folgende Sätze vereinbart: Für die Woche vom 22. bis 29. September wird der volle Index in Höhe von 97 Prozent gezahlt. Für die Zeit vom 30. September bis 6. Oktober wird eine Erhöhung von 50 Prozent auf die Gehälter der Vormoche gezahlt. Für die Zeit vom 7. bis 10. Oktober ist ein Betrag von vier Siebteln dieses Betrages plus Index der nächsten Woche zu zahlen. Für die Zeit vom 11. bis 17. Oktober wird der am 11. Oktober veröffentlichte Index gezahlt.

Für die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsgewerbe wurde mit dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe für die erste Woche im Oktober eine Zahlung von 100 Prozent auf die tariflichen Septemberegehälter vereinbart.

Angestellte der Chirurgiemechanik. Soweit möglich sind am Freitag, spätestens aber bis zum Sonnabend 75 Prozent des Septembergehalts als Vorschlag für die Woche vom 1. bis 6. Oktober zu zahlen. Die Vorschlagsfrage für die nächste Woche wird noch besonders geregelt.

In die Angestellten im Papier- und Pappengroßhandel gelangt für die erste Oktoberwoche ein Septembergehalt zur Auszahlung.

Die kaufmännischen Angestellten im Buchhandel erhalten im Laufe der Woche eine Kontozahlung von 14 Augustgehältern.

Für die kaufmännischen Angestellten im Buchdruck- und Buchbindergewerbe sind für den Monat September 25 Augustgehälter vereinbart worden. Für die erste Oktoberwoche kommen 12 Augustgehälter plus Index vom 4. Oktober zur Auszahlung.

Werbungsstellen und Steuerabzug. Eine Reihe von Lesern hat offenbar die Werbungsstellen verwechselt mit den 10 Prozent der Steuern, die von diesen Werbungsstellen nicht abgezogen werden. Dieses Missverständnis erklärt sich daraus, daß bei der Lohnrechnung gewöhnlich der steuerfreie Betrag der Werbungsstellen als „Werbungsstellen“ gebucht wird.

Reichsverband der Kaufleute und Gelehrten. Freitagabend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal 1: Allgemeine Funktionärerversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Gewerkschaft Industrieller und Gewerkschaften heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, beim Busch, Reichstr. 7, Saal 2: Versammlung.

Verband der Buchdrucker- und Papierarbeiter. Sonntagvormittag 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelstr. 25, wichtige Versammlung des gesamten in den Buchdruckereien beschäftigten Buchdruckerpersonals. Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist unbedingte Pflicht. Hauptanfrage für Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes. G. R. Mitgliederversammlung Sonntag den 7. Oktober, vormittags 11 Uhr, Reichstr. 2, an der Sonnenbrücke.

Bekanntmachung des Politischen Reichsausschusses: Wirtschaft: Arthur Salzer; Gewerkschaftsbewegung: G. Salzer; Funktionäre: Dr. John Salzer; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Tagesfragen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Bereich 1, Seite 2.

**Theater Lichtspiele**  
Volksbühne  
7 1/2 Uhr:  
Die lustige Weiber von Windsor  
Theater i. d. Königgrätzer Str.  
7 Uhr:  
**Schweiger**  
Komödienhaus  
8 Uhr:  
Mein Vetter Edward  
Theater im Admiralsplatz  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Drunter und drüber**  
Deutsches Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Te o o a  
Musikdir. Leo Blech  
Kammersängerin  
Vera Schwarz, u. G.  
Große Volksoper  
im Theat. d. Westens  
7 1/2 Uhr: Fidiello  
Intimes Theater  
8 Uhr: Abendganz  
Die k. u. k. Hölle etc.  
Lustspielhaus  
„Die Truppe“  
Oschlons Morgen  
7 Uhr zum 1. Male  
Vom Tausend geht  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: **Casinogirls**  
Reiss Theat. a. Zoo  
Geschloss. Vorstellung  
Morgen 7 1/2 Uhr:  
Die Luxurianten  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: **Mimikry**  
Theater i. d. Kommandantenstr.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Charlie**  
Wallner-Theater  
8 Uhr: Cassa Kaiser  
**Lessing-Th.**  
Allabendlich 7 1/2  
Wer Unbestechliche  
(Max Pattenberg)  
Deut. Künstler-Th.  
Allabendl. 7 1/2: Der  
Forsit v. Pappenheim  
(Max Adaberg)

**Apollo-Theater**  
Direktion: James Klein  
7 1/2, Allabendlich 7 1/2  
Die Große Revue  
**Europa**  
spricht davon!  
Über 150 Mitwirkende! 1. Mal!  
u. Senta Söneland, Richard  
Senius, Hugo Flink usw.  
Vorverk. ab 10 Uhr unanbr.  
UFA-PALAST A. 200  
Die Flamme  
ab Montag  
Tragödie der Liebe  
U. T. KURFÜRSTEND.  
Tajana  
ab Mittwoch  
Die grüne Manuela  
TAUENTZIANPALAST  
Fix u. Fax - Woche  
U. T. NOLLENDORFFL.  
Lente im Wärmelad  
ab Sonnabend  
Die Flamme  
KAMMERLICHTSP  
U. T. WEINBERGWEG  
Fridericus Rex  
III. und IV.  
U. T. FRIEDRICHSTR.  
Taitan  
U. T. ALEXANDERPL.  
Millardensoper  
U. T. SCHÖNEBERG  
Zwei Welken im  
Sturm der Zeit  
I. Teil vom 5.—10.  
II. Teil vom 9.—11. 10.  
U. T. MARENHEIDE  
vom 1.—3. 10.  
Sodom und  
Gomorrah  
vom 9.—11. 10.  
Buddensbrooks

Rose - Theater  
7 1/2, U: Ein Mann  
aus dem Volke  
Casino-Theater  
8 U. Die 8 U.  
neuen Reichen  
WINTERTHEAT  
Varieté - Programm  
Rauchen gestattet!  
Reichshallen Th.  
Tägl. 7 1/2 U.  
u. Sonntag 3 U.  
Stettiner  
Sänger  
Lichtspielhaus  
Berliner  
Bockbrauerei  
Selle-Alliance-  
Ecke Fiedrichstraße.  
Anfang 1/2 7 Uhr  
Täglich  
2 Vorstellungen 2  
Dienst. u. Donnerst.  
Programmwechsel!  
Billige Seifen  
weit unter Preis!  
Zollensseite 100 T. an, Gauschalt 3, 12.  
Canolis, Dajeline 30 T., Zehnpost  
30 T., Gantrom 100 T. an, Gummi-  
langer 40, 60, 80, 100, 300 T. an, Gau de  
Cologne 12 u. 19 Millionen. Kopf-  
wasser 2 Millionen. Gauschalt-Zollens-  
und Gummi-Beutel sehr billig. A. Mann  
& Co., Markgrafentstr. 64, an der  
Eindendstraße, 10.—6 Uhr. Geöffnet 1890  
10 Proz. Zuschlag auf alle Preise!

**URANIA**  
Taubenstraße 48  
4 Wiederholungen  
des  
**Ozeanfilms**  
(Reise von Berlin bis New York)  
Vortrag:  
Oberingenieur Dreyer  
Hannover  
Donnerstag, den 4. Oktober, 6 und 8 1/2 Uhr  
Freitag, den 5. Oktober, 6 Uhr und 8 1/2 Uhr

**Barnum & Bailey**  
europ.  
Berlin SW, Sella-Alliance- und  
Gde. Dreihandstraße. — Platz 99.  
Täglich 7 1/2 Uhr bis  
42 Attraktionen 42  
Kinder zahlen abends halbe Preise.  
**Rennen zu Karlshorst**  
Freitag, den 5. Oktober  
nachm. 1 Uhr.  
**Metallbetten**  
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30 A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thdr.

**Erzählungen**  
aus dem neuen Rußland!  
LIEBEDINSKI: Eine Woche  
IWANOW: Panzerzug Nr. 14-69  
NIKITIN, MALYSCHKIN, SSERAFIMOWITSCH  
Russische Erzählungen  
SERGEJEW: Unteroffizier Poskakudin  
Verlag Carl Moym Nachf., Hamburg 8

Größte Spez.-Fabrik  
**Setzwäsche**  
Diese Woche großer Inlettverkauf!  
In der heutigen Zeit, wo alles so schnell über die Hand geht, ist es ein gutes Zeichen, wenn ein guter Hersteller seine Waren so preisgünstig anbietet, wie wir es heute tun. Unsere Preise sind infolge der scharfen Konkurrenz sehr günstig.  
Deckbettbezüge } aus pa. Linnen, Renforce,  
Kissenbezüge } Hemdenstoff,  
Bunte Bettwäsche } Damast, Dimitt,  
Bettlaken } Halbleinen  
Handtücher } waschecht  
Tischwäsche, Garten- u. Rafforddecken } aus pa. Dowlas, Hausstuch,  
Ueberschlaglaken } Halbleinen, Reiselinnen  
Inlette sowie Unterbett-Dreile, } für Stube und Küche,  
gettwäsche und Inlette für Kinderbetten } nur haltbare Qualitäten  
Besonderes Angebot:  
Einzelne gute Damast-Bezüge u. -Kissen mit 20 Prozent Rabatt  
Tafelgedecke } in Baumwolle, Halbleinen und Reiselinnen für 6, 8,  
Damen-Lelwäsche } 12, 18 und 24 Personen in allerneuester Qualität.  
Allerfeinster Bett-Damast. } von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung, Tagesdecken, Nach-  
steppdecken u. Daunensteppdecken, } tischen, Hemdhoosen, Unterlaken, Prinsendecks mit entzückenden  
Größe Auswahl! } Querschnitten aus best. Stoff und Zutaten.  
Fachmännische u. zuvorkommende Bedienung  
**Stumpe Jäger**  
Kothbuser Damm 73 (Nähe Hermannplatz) Landsberger Str. 88 (3 Min. v. Alexanderpl.) Dresdener Straße 33 (Nähe Prinzenstraße)  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 37 (a. Hans von d.) (Bismarckstraße)  
Geöffnet von 9-1 3-7 Uhr



# v. Kähne freigesprochen.

Im Kähne-Prozess vor dem Potsdamer Schwurgericht wurde gestern nachmittags das Urteil gefällt. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Verurteilung sämtlicher Angeklagter. Das Gericht sprach darauf den Angeklagten v. Kähne frei und legte die Kosten des Verfahrens sowie die dem Angeklagten entstandenen notwendigen Auslagen einschließlich der Verteidigungskosten der Staatskasse auf.

### In einer besonderen Erklärung

betonte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Westerkamp noch folgendes: „Das Gericht hat sich in diesem Fall nicht über die Gründe zu äußern, die zu dem Freispruch geführt haben, da es ja die Gründe nicht kennt, aus denen heraus die Geschworenen die Schuldfragen verneint haben. In diesem Fall fällt aber der Gerichtshof, der ja während der Verhandlung seine Stellung nicht zum Ausdruck bringen durfte, für richtig zu sagen, daß nach Überzeugung des Gerichts die Hauptverhandlung keine Spur eines begründeten Verdachtes gegen den Angeklagten v. Kähne ergeben hat. Das Verfahren ist ja einen eigentümlichen Weg gegangen. Es ist verständlich, daß bei dem veralteten Skelettfund die Vollzugsbeamten zunächst keinen Anhalt zum Eingreifen fanden. Es ist nicht die Pflicht eines pflichtgetreuen Beamten, immer nur irgend etwas zu tun, etwas nachzulagen, wozu er sich unter Umständen gar keinen Erfolg verspricht. Auch als ein vom Ministerium beauftragter Beamter eingriff, konnte man keine Spur finden. Erst als die Befragung ausgelegt wurde, meldeten sich die ersten Zeugen. Die Aussage des Zeugen Rehfeld führte von Anfang an zu keinem Ergebnis, um so vernichtender aber schien das Zeugnis Bellins, und da ist es nun merkwürdig, daß in diesem Fall vom Angeklagten nicht das geringste versucht worden ist, dieses Zeugnis zu entkräften. Es findet sich kein Antrag von ihm, der seine Anschuld nachzuweisen sucht. Die Aussage des Zeugen Bellins war aber solange vernichtend, als keine Widersprüche erfragt und man nicht die Quelle erfahren hatte, aus der keine Behauptungen stammten. In der Hauptverhandlung wie in dem ganzen Verfahren ist jeder Spur nachgegangen worden. Deshalb kann jetzt ruhig gesagt werden, daß sich auch nicht die geringste Spur eines begründeten Verdachtes gegen den Angeklagten ergeben hat.“

Aus dem Bändiger des Verteidigers Kähnes, Justizrat Josephson, ist noch folgendes nachzutragen: Unter kurzem Hinweis auf die Fälle, in denen Herr v. Kähne mit Dieben auf seinem Grund und Boden Zusammenstöße gehabt hatte, erklärt der Verteidiger, daß man Potsdamer Richter und Staatsanwälte in der Öffentlichkeit beschuldigt hätte, daß sie gewalttätige Junker schützten. Von diesem Geschrei der Straße (P. D. Red.) dürften sich die Geschworenen nicht beeinflussen lassen. Kähne sei niemals ein Junker gewesen, er sei ein Bauer geblieben, wie sein bäuerlicher Vater, der einst geodet worden sei. Die Furcht vor der Strafe, die aus dem ganzen Verfahren spräche, bedeute die eigentliche politische Gefahr, nicht die Familie v. Kähne. Das Schicksal der Gerechtigkeit würde nicht auf Herrn v. Kähne niederschlagen, der völlig gerechtfertigt von den gegen ihn erhobenen schweren Vorwürfen den Gerichtsaal verläßt, sondern auf die meinedigen Schurken, die in dieser Angelegenheit ein abgeklärtes und abgeklärtes Spiel getrieben hätten. Der Verteidiger sprach in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf gewisse Veröffentlichungen, Einreden usw. von den Hintermännern, die unter Bellin, Rehfeld und Baake gestanden, die einen geradezu erschütternden Einfluß besäßen und ungefragt alle Welt verdächtigen könnten. Insofern sei hier ein ganz unwürdiges Schauspiel aufgeführt worden.

In keinem Schlusswort betonte dann der Angeklagte, daß er keineswegs auf einen fremden Menschen in Pehow geschossen hätte. Seit jeder gewahre er Wunderrögen der verschiedensten politischen Richtungen, auch den linksradikalen, bereitwillig Quartier. Die Leute könnten sich über die Behandlung bei ihm nicht beschweren. Allerdings würde er sich von keinem Staatsanwalt das Recht nehmen lassen, sein Eigentum gegen Übergriffe zu schützen.

Der Prozess gegen Herrn v. Kähne auf Pehow hat mit Freisprechung geendet. Dem Potsdamer Schwurgericht hat die Beweissführung nicht genügt, den Angeklagten der vorsätzlichen Tötung des jungen Baake schuldig zu sprechen. Auch die Eventualfrage, ob er der Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig sei, ist verneint worden. Einige Widersprüche in den Aussagen wichtiger Zeugen dürften so schwer ins Gewicht gefallen sein, daß die Wog-

schale sich zugunsten des Herrn v. Kähne neigte. Das Gericht ging sogar soweit, mit den Kosten des Verfahrens auch die dem Angeklagten entstandenen Verteidigungs- und sonstigen Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Er konnte erhobenen Hauptes die Anklagebank verlassen und darf sich eine „glänzende Freisprechung“ buchen.

Wird nach diesem Ausgang des mit so großer Spannung erwarteten Prozesses die Volksmeinung ihr Urteil über Herrn v. Kähne ändern? Wir vermuten, daß der Schloßherr auf Pehow selber nicht einen derartigen Erfolg zu hoffen wagt. Daß er Soale erschossen hätte, hält das Schwurgericht nicht für bewiesen. Herr v. Kähne wehrte sich erregt auch gegen den Vorwurf, daß er überhaupt rauh zur Schusswaffe greife. Der Staatsanwalt äußerte sich etwa in dem Sinne, daß er alles, was nach Pehow kommt, geschossen wird. Darüber geriet der Angeklagte in heftige Erregung, die sich in seinem Schlusswort rückhaltlos Luft machte. „Es wird“, polterte er, „nur auf Haunten geschossen, wenn sie uns und unser Eigentum angreifen.“ Lange genug hatte er sich bezähmt — jetzt war er wieder ganz der Herr v. Kähne. Er fügte hinzu, auch dann werde noch nicht mal so geschossen, daß schlimmere Verletzungen entstehen. Seine Schilderung eines Zusammenstoßes schloß er in fast jovialem Ton: „Ich will den Bengel bloß ein bißchen schlammig machen, dann wird er sich das merken.“ Daß man auch bei Angriffen auf das Eigentum schon schiessen darf, ist also wohl Herrn v. Kähnes Ansicht? Ihm liegt anscheinend gar nichts daran, die Volksmeinung über ihn in diesem Punkt zu ändern. Seinen Besiß so zu verteidigen, erklärte er für sein gutes Recht, das ihm kein Staatsanwalt, kein Schwurgericht nehmen könne. Das sagte er den Potsdamer Geschworenen ins Gesicht hinein, in dem Augenblick, wo sie entscheiden sollten, ob er überführt sei, den jungen Baake erschossen zu haben. Es hat dem Angeklagten nicht geschadet — sie haben ihn „glänzend freigesprochen“.

Herr v. Kähne ist, wie im „Vorwärts“ schon mitgeteilt wurde, der Nachkomme einer alten Pehower Bauernfamilie, die erst im 19. Jahrhundert geodet wurde. Er kann also nicht den Anspruch erheben, ein „echter“ Junker zu sein, den seine „Standesgenossen“ als vollwertig anerkennen müßten. Aber über sein „Recht“ bei der Verteidigung seines Eigentums denkt er ganz so, wie es nur ein echter Junker konnte. An der Ehrlichkeit dieser Überzeugung des Herrn v. Kähne darf man nicht zweifeln. Ihn rühmte kein Verteidiger auch als einen Mann von „tiefer und echter Religiosität“. Das vervollständigt sein Charakterbild.

### Kähne-Demonstration in Potsdam.

Wie ein Lauffeuer hatte sich nachmittags die Freisprechung v. Kähnes in Potsdam verbreitet. Tausende und über Tausende zogen zum Lokal von Imme, Lindenstr. 14 in Potsdam, und versuchten dort einzudringen, um Kähne herauszuholen. Als Kähne nach einer Stunde mit seinem Wagen das Lokal verlassen wollte, stürzte sich die Menge auf ihn und rief: „Wieder mit dem Bluthund! Es lebe der Staatsanwalt! Nieder mit den Geschworenen, die diesen Bluthund freigesprochen haben!“ v. Kähne mußte schleunigst umkehren. Unter Bedeckung von Schupo gelang es endlich dem Wagen Kähnes, aus der Lindenstraße in die Junterstraße einzubiegen. Hier verfolgte die Menge das Gefährt und bewarf den Anlassen mit Glasscherben, Steinen und anderen Wurfgeschossen. Die Menge versammelte sich später vor dem Amtsgericht.

40 Milliarden statt 40 Millionen aus verabschiedet ein Hilfsposchaffner heraus, der dadurch mit seiner Familie in große Verdrängnis geraten ist. Der Hilfsbeamte hatte am Sonnabend früh auf dem Postamt in der Köpenicker Straße Militärrenten auszuzahlen. Dabei sind ihm zwei Verwechslungen vorgekommen. So zahlte er in einem Falle statt 40 Millionen, mit einem weiteren, das 40 Milliarden enthielt. In einem anderen Falle statt 500 Millionen 5 Milliarden 60 Millionen. Die Empfänger der unrichtigen Summen werden gebeten, sich mit dem Postamt 18 in Verbindung zu setzen.

Als die Geschwister, frei und freudig ausschreitend, der Stadt nahen, war es noch zeitig, so daß es Otto erlaubt schien, statt der ebenen Straße den Anstieg über eine waldige Höhe zu nehmen, von der man den Blick auf das ebene Land und den Bergsaum hatte, und die wie in Stufen zu grünen Wiesen hinunterfiel. Der Wind, der den beiden ins Gesicht blies, hatte am grauen Himmel ein blaues Fenster aufgerissen, durch das auf neue wärmende Sonne auf alle Straßen und Hänge schien; das blaue Fenster vergrößerte sich mit jedem Schritt, den sie vorwärtsgingen, und so hatten die beiden nach dem verhängen und trüben Morgen mit einem Male ein helles Dach über sich, nahmen es als eine gute Vorbedeutung für das, was der Tag schenken würde, und gaben sich einem Frohmüt hin, in dem Gertrud mit allen Sinnen ausging, auf nichts anderes bedacht, als daß die Sonne, der Tagesglanz und die summende Stadt alles von ihr scheuchen sollten, was sie durchbebt und geplagt hatte. Sie sprang auf ihren hohen Beinen leichtfertig Otto voran, als der Pfad in Bindungen stieg, stieß mit den Füßen dürres Laub vor sich her, das alt und feucht von der Schneeschmelze auf dem dunstenden Boden faulte, und jubelte dem Bruder, der oft weit hinter ihr blieb, durch das Gewirr der Bäume und Felsen zu, kletterte auch in ihrem Übermut auf einen moosgrünen Steinblock und stand dann winkend und hoch über ihm, immer in einer neuen glücklichen Bewunderung über den Wald und die Felsen und die wilden verbogenen Bäume. Es war auch ein richtiger Märchenwald, ein üppiges wildes Waldstück, noch nicht von der Art zerfetzt und noch nicht mit Wegen und Bänken bedeckt, ein reicher und voller Wald mit verirrten Trümmern von stundenweit fernen Felsenmauern aus dem Süden des Landes, mit Lärchen, Buchen und Tannen und hohem Farnkraut dazwischen.

„Nachts möcht' ich einmal hier sein!“ entfuhr es Gertrud, als sie am Arme des Bruders die freie Höhe erreicht hatte und entschleiert, scharf und tiefblau die Berge aus den verstäubten Wolken herausstraten. Otto aber deutete auf den silbergrauen Strom und die Brüden und wies nach der Stadt, die mit ihren Toren und Türmen breit und schwer am Rande der Ebene lag. Es sei Zeit, meinte er und zog die Schwester einen weichen Weg über blühende Wiesen und und sprossende Kornfelder hinab, der sich mit anderen zu einem festen Pfad verband und endlich in eine Fahrstraße bog, auf der ihnen das Leben der Stadt entgegenkam, beladene Lastwagen mit pfeifenden Fuhrleuten, Spaziergänger,

### Ein Vorstoß gegen die Krankenkassen.

Aus der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordnetenversammlung konnte gestern einen großen Teil der ihr vorgelegten reichlichen Tagesordnung erledigen. Brennstoffgesellschaft, Scharfberg-Schule, Verbot der „Noten Fahne“ waren Hauptpunkte der Erörterungen. Zu später Stunde wurde noch über einen Antrag der Deutschnationalen verhandelt, die sich wieder einmal an den Krankenkassen reiben wollten. Genosse Thurm antwortete mit eingehenden Darlegungen über die Lage der Krankenkassen und ihr Verhältnis zu den Krankenhäusern. Die Abstimmung wurde vertagt.

Auf „Widerspruchsrecht“ stieß zu Anfang der gestrigen Sitzung ein Dringlichkeitsantrag, den die Kommunisten eingebracht hatten, um den Magistrat zu veranlassen, sich sofort über die Gründe zu äußern, aus denen er dem Beschlusse der Versammlung in Sachen der Abfindung der entlassenen Straßenbahner die Zustimmung verweigert hat. Die Angelegenheit blieb somit einstweilen in der Schwebe. — Zu längeren Erörterungen führte die Anfrage der Deutschnationalen nach den Gründen, aus denen

### der Leiter der „Berliner Brennstoffgesellschaft“

Herr Kulisch, vom Amte suspendiert worden ist. Namens der Interpellanten erhob Stadtd. Schönborn schwere Anklagen gegen den Genannten und seine Geschäftspraxis. Oberbürgermeister Böß bedauerte, daß der Stadtbaurat Horten, der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft, nicht zugegen sei, und erklärte, daß der Magistrat endgültig noch nicht habe Stellung nehmen können. Von Verschleierung könne aber nicht die Rede sein, die Suspension sei sofort verfügt worden; der Magistrat müsse aber genügend Zeit haben, sich ein Urteil zu bilden. — In der Besprechung stellte Genosse Brodat fest, daß Kulisch bei aller Trefflichkeit als Geschäftsführer nicht zu halten gewesen ist; wenn er auch nicht böswillig und nicht in der Absicht der persönlichen Bereicherung gehandelt habe, so sei er doch fahrlässig vorgegangen. Natürlich müsse den Kriegsinvaliden geholfen werden. Man solle aber versuchen, Kulisch einen gütlichen Abgang zu verschaffen. — Stadtrat Schäning vertat die Auffassung, daß die Berliner Brennstoffgesellschaft ihren Verpflichtungen gegen die Fürsorgeberechtigten nachzukommen habe, auch wenn ein Eingriff in die Substanz erforderlich sei. — Damit wurde der Gegenstand für jetzt verlassen.

Die Verfassung des Landesamts Berlin wurde von der Versammlung nach den Ausschussvorschlüssen genehmigt. Gleichfalls in der Ausschussfassung nahm die Versammlung nach dem Referat des Genossen Dr. Wegl das Ortsgesetz über die Regelung des Hebammenwesens an. — Zu einer längeren Auseinandersetzung gab sodann der vom Magistrat zur Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegte Vertrag mit der Firma A. Sarzig, G. m. b. H., in Folge wegen der

### Scharfberg-Schule

Anlaß. Der auf der Insel Scharfberg begonnene Schulversuch auf Grund einer Arbeits- und Lebensgemeinschaft während der Zeitdauer von mindestens zwei Schulbildungsjahren (gleich 12 Jahren) soll durchgeführt und die Insel der Schule für diesen Zweck überlassen bleiben; für den landwirtschaftlichen Betrieb stellt die Firma der Stadt Sachwerte im Betrage von 9 Millionen Mark zur Verfügung. Die Versammlung genehmigte schließlich den Vertrag mit der Mobilstation, daß die Gesamtabgabe der durch die Firma in die Schule eintretenden Schüler 5 (statt 10) nicht übersteigen soll.

Der Schaffung der Stelle eines Magistratsoberbauers wurde zugestimmt, unter Fortfall einer Magistratsbauerstelle in Gruppe XII.

Die Vorlage wegen Festsetzung von Bezügen für die nebenamtlich tätigen Leiter der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen wurde auf Antrag der Genossin Dr. Wiggobinski der Ausschussberatung überwiesen. — Zu der Mitteilung des Magistrats, daß sich die Gasverbilligung für Kleinverbraucher aus technischen Gründen als unausführbar erwiesen habe, äußerte sich nur Herr Richard Kunze. — Die Versammlung nahm die Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis. — Die für 7 Uhr angelegte Abstimmung über die Anträge Beuster (Dem.) und Reimann (Soz.) zur Wohnungsbauabgabe erübrigte sich, da der Magistrat inzwischen die Erhebung der Abgabe eingestellt hat. Die neue Getränkesteuerordnung wurde genehmigt, nachdem in namentlicher Abstimmung entgegen dem Ausschussvorschlage mit 116 gegen 54 Stimmen beschlossen worden war, auch eine

### Kommunale Branntweinbesteuerung

in diese Ordnung aufzunehmen.

### Das Verbrechen der Elise Seitler.

Novelle von Hermann Kesser.

Es hätte dieses Botes, der mit seinen Totengeschenken doch wie ein dumpfer und bitterer Ton in den Morgen der tätigen Menschen gefallen war, nicht bedurft, denn Otto hielt ohnehin die Vorbereitungen der Reise für genugsam gefördert, um es nun der Alten auf die Seele zu binden, daß sie unbesorgt die Magd entlassen, das Haus versperrten und auch nicht vor dem Spätabend heimkehren sollte, weil er und Gertrud bis in die Nacht hinein in der Stadt weilen würden. „Und sag es der alten Magdalene in ihre tauben Ohren, daß ich mir demnächst einmal ihre Gespenster besche und mir auch die Karten von ihr legen lasse!“

Dies rief er Elise, die nochmals glättend über ein vollgeschicktes Kofferfach hinstrich, noch unter der Studentenäule zu, und hütelte sich wohl, nach ihrer Antwort auf den vermessenen Spott zu hören; denn eines gab es, wodurch man sich mit ihr verzaufen konnte: wenn man für warnende Spinnen und schwarze Ragen, für die Weisheit der Karten, für die Bedeutung schwarzer und fallender Bilder und für polternde Geister einen Zweifel oder ein Lächeln hatte.

Aber Elise wußte an jenem Tag, der so lärmend begann, kein Wort der Entgegnung. Auf ihrem Gesicht lag eine wortlose und niegelebene Kummerlinie; der neuen Unheilszeichen, die sie sehen mußte, waren so viele, daß ihr jetzt nur ein Zittern über die müden Wangen und durch die alten Zähne ging. Sie schloß ihre Furcht und Ahnung in sich hinein, und hatte doch schon den Herzschlag des freisenden Unheils gehört, erst noch am frühen Morgen, da sie die Teller und Gläser vom vergangenen Abend im Schrank verpackte und auf dem Kristall und Porzellan eingerichtete Unglückszeichen in solcher Zahl und Deutlichkeit entdeckte, daß sie sich setzen mußte, um nicht umzusinken vor Bestürzung und Angst.

Trotz allem schwieg sie und nahm sich nur vor, den Bruder am Abend in einer stillen Stunde beiseite zu nehmen und ihm zu sagen, was an ihr nagte. Die Gelegenheit, glaubte sie, würde sich finden.

Sie kam aber nicht mehr, und die Dienerin und der Herr sahen sich nicht eher, als bis sich das schwarze Gewinde, für das an jenem Maiabend kaum zwei Wäntchen gepflicht waren, zu einem düsteren Kreis zusammengeschlossen hatte.

müßige und geschäftige Menschen. Bald umfloß die beiden Geschwister die Morgenregsamkeit harter gepflasterter Straßen und Gertruds bemächtigte sich jene letzte Erregung, die alle angreift, die aus der Stille des friedlichen Landes in den Schall und die Raschheit der großen Städte geraten, wo alles in Bewegung ist oder auf Bewegung wartet und nichts fest in sich bleiben kann, weil sich alles ringsum verändert.

Mitten auf einem Platz, über den ein Schützenregiment im Takt der Trommeln marschierte, mußte sie, durch den Lärm in ihrem Geplauder stumm gemacht, des Schauspielers gedenken, dem es vergönnt war, in dieser Stadt zu leben und darin groß und berühmt zu werden.

Sie schalt sich, daß sie im Laumei der Nacht wie ein Kind vor sich selber erschrocken war, und schob den Entschluß, ihn nicht mehr zu sehen, wie eine feige Lorheit von sich. Was tat er ihr und was sollte sie ihm? Sie hatten verschiedene Bahnen, auf denen jedes in seinen Gleisen ging.

So dachte sie und überließ sich aufgeräumter als jemals den tausend Zerstreuungen ihrer Wege und wurde davon nicht leer, wengleich jetzt eine seltsame Unruhe hinter ihr dreinschritt und nach ihr griff, so daß sie sich fragen mußte, was sie sähe und dachte.

Denn so wird ein junges Leben, das für die Liebe aufgelprengt ist, unablässig verfolgt: daß es halbdunkle Träume im warmen Blut trägt und doch nichts davon in das helle Bewußtsein strömt, und daß es die Wärme des Blutes in sich spürt und doch nur in Träumen erwachen läßt.

Als Theo Behrens, der Schauspieler, zur Mittagszeit verstaubt und heißer das Hoftheater verließ, da lönten ihm die Zwölfuhrgloden auf der rauschenden Straße wie ein zu seinen Ehren befohlenes Festgeläute ans Ohr und er würde sich nicht gewundert haben, wenn alle Leute vor ihm den Hut gezogen hätten. Es trug sich aber nichts dieser Art zu, vielmehr gingen die einfachen Menschen, denen er auf seinem Gang nach dem Gasthof „Zu den vier Röhren“ begegnete, achtlos an ihm vorbei, und die wenigen, die ihn kannten, hatten auf seinen Gruß nur einen flüchtigen Dank und sahen beinahe kühl und abweisend auf sein aufgedonnetes Gebahren, wie immer, seit es — vor drei Jahren — herumgekommen war, daß er seine himfällige Mutter durch Schandenmachen und Tagdiebereien um ihre letzten Pfennige gebracht hatte und dann plötzlich aus der Stadt verschwunden war, um Schauspieler zu werden.

(Fortsetzung folgt.)



Auf der Tagesordnung folgte nunmehr der Antrag der Kommunisten betreffend die Wählbarkeit des im April d. J. erfolgten Verboots der „Roten Fahne“ v. Synern (D. Sp.)...

Eine weitere Erörterung fand nicht statt. Für den Antrag stimmten nur die Kommunisten; der Antrag wurde abgelehnt. — Gegen die Verhandlung des ferneren Antrags der Kommunisten (vom 8. Mai d. J.)...

Dr. Richter begründete hierauf einen Antrag der Deutschen, betreffend Erstattung der Selbstkosten der Stadt durch die Krankenkassen.

Diese Selbstkosten seien soweit einzuschränken, daß das Durchhalten der Krankenhäuser den Winter über gewährleistet bleibt. — Stadtmedizinalrat Kohnow beantragte, daß zurzeit die Privatpatienten das gleiche zahlen wie die Krankenkassenmitglieder...

An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch Rintorf (Rom.) und Frau Deutsch (Dem.), die sich der Ärzteschaft annahm und das Recht der Besichtigten wie der Patienten überhaupt auf freie Arztwahl lebhaft verteidigte.

Die Abstimmung wurde verschoben und die Sitzung nach 10 Uhr geschlossen.

### Der „Seemann Kruse“.

Was einem Harden-Derechter passieren kann.

Der Weg zu dem Herzen großer Männer ist heute mit einigen Schwierigkeiten gepflastert. Das lehrte folgender Fall: Die Gedächtnis eines Intendanten auf Maximilian Harden waren auf Grund einer Befragung verbreitet, die in der Villa Hardens im Grimmeiswald vorgenommen worden war.

regierungsrat Weß gab Kruse, ein sehr impudischer temperamentvoller Mann, nochmals eine Darstellung der Vorgänge und gebrauchte dabei, weil er sich so besser ausdrücken konnte, seine Westfälische Mundart.

### Die tägliche Kohlepreiserhöhung.

Das Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 4. d. M. stellen sich die Weisheit und Kohlepreise ab 5. d. M. wie folgt: Röhren- und Ofenkohle: Grissetts ab Lager 235 670 000 M., frei Keller 245 670 000 M., Gasföls ab Lager 605 040 000 M., frei Keller 616 540 000 M.

## VSPD.-Stadt- und Bezirksverordnete Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder heute, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus, Eing. Königsstr. Konferenz

Tagesordnung: Unsere Stellung zu den städtischen Wirtschaftsunternehmungen. Referent: Stadtd. Reuter. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind hierzu eingeladen. Bezirkssekretariat.

### Die Kohlenbeschaffung der Kleinrentner.

Um den Kleinrentnern die Beschaffung der ihnen nach ihren Kohlenarten zustehenden Kohlen zu erleichtern, kann die Bezahlung dieser Kohlen vorläufig durch die Kleinrentnerfürsorge erfolgen. Die dafür verauslagten Beträge werden den betreffenden Kleinrentnern nach und nach von den ihnen bis zum 31. Dezember 1923 zu gewährenden Pflanzleistungen gelöst.

### Feierstunde der schulentlassenen Jugend.

Der Verein Sozialistische Arbeiterjugend, Abteilung Südost, veranstaltet am Sonntag, den 7. Oktober, vormittags pünktlich 10 Uhr, im „Filmed“, Stalger Str. 94, für die Schulentlassenen der südöstlichen Stadtteile eine Feierstunde. Zu der Veranstaltung, die rein künstlerischen Charakter tragen wird, haben namhafte Künstler, wie Theodor Heber von der Staatsoper und Otto Laubinger vom Staatstheater, ihre Mitwirkung zugesagt.

Ein starker Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs im September tritt im amtlichen Nachweis über die gemeldeten Fremden auffallend in die Erscheinung. Zum erstenmal seit einer Reihe von Jahren ist, wie die „Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins“ feststellt, die Gesamtziffer unter Hunderttausend gesunken.

Die Eröffnungsfest der Lebensgemeinschaftsschule des 19. Kreises in Riederhöfen findet am Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Turnsaal der 2. Gemeindefschule, Bismarck-

### Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 4. 10. (in Millionen Mark) and Makrelen, Butter, Margarine, etc. Also includes a section for Wochenlöhne in Berlin (in Millionen Mark) for Lederwarenindustrie and Schildeindustrie.

Straße 11, statt. Alle Eltern der gemeldeten Kinder nehmen teilverständlich daran teil!

Der Wanderversuchsverband, der als zentraler Verband u. a. die Wanderversuchsgruppen aufschließt, hat ein amtliches Verzeichnis der Wanderversuchsgruppen zusammengestellt. Der Verband weist einen tadellosen Verhaltensstand auf, so u. a. eine prächtige Wanderversuchsgruppe, die vom Domptier William Wallek vorgeführt wird...

### Nach zehn Tagen gerettet.

Nach unsäglichen Anstrengungen ist es der Rettungsmannschaft in Falkirk (Schottland) gelungen, gestern in den frühen Morgenstunden nach 5 Ueberlebende der großen Grubenkatastrophe an das Tageslicht zu befördern, nachdem diese Bedauernswerten 10 Tage lang ohne Speise und Trank lebendig begraben gewesen sind.

Der deutsche Viermaster „Gulfav“ ist nach einem Londoner Telegramm im Sturm bei Ducea Stoton gestrandet.

### Groß-Berliner Parteinaufrichten.

- 5. Kreis Friedrichshagen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Freitag, den 5. Oktober, 7 1/2 Uhr: Heiligung. ... Heute, Freitag, den 5. Oktober: 61. VV. Unsere Weihnachtsfeier...

### Jugendveranstaltungen.

- Währschhof: Vortrag: Jenseit und Jenseit der GSK. ... Schulentlassener der Gruppen Südwest und Kreuzberg im Jugendheim, Lindenstr. 3, abends 7 1/2 Uhr...

### Arbeiter Sport.

Berliner Schwimm-Union 1913. Sonntag, den 7. Oktober 1923, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Badeanstalt Hermannstraße, nachmittags 3 Uhr im Stadtbad Friedrichshagen (an der Schillingstraße) großes lokales Jubiläumsschwimmfest.

Wohnungsaustausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im Großen Berliner Wohnungsanzeiger...

MÖBEL schenkel-, Herren- und Speisezimmer, Küchen-, Klappstühle, Einzelmöbel in gediegener Qualität, noch billig, gegen bar oder Teilzahlung. Möbelhaus BEISER, Straße 67.

Poliamaren-Teilschulung liefert Poliamarenfabrik Kollis, Elbe-Strandweg, Straße 11, Kollis-Strandweg, 9-7 geöffnet. Poliamaren: Kreuzstühle, Klappstühle, Silberstühle, Sportstühle...

Wianos kauft Karfoll, Dresden, Straße 4, Moritzplatz 126/45. Wianos, Möbel kauft zu höchsten Tagespreisen Wianosmaschin. ... Möbel, Komplette Zimmer, Einzelmöbel, Metallbetten...

Angellager, Autoteile kauft Gollberg, Schönhafer Allee 127. Angellager kauft höchstehenden Einrichtungsgegenstände (Kingsholm) Landberger Allee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ban-, Geldschrank- und Möbelschlosser. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Geldschrank- und Möbelschlosser, 8 Uhr, im Verbandsklub (Kreuzberg, Schillingstr. 22/23).

Ortskrankenkasse für das Hochdruckgewerbe zu Berlin. Bezugnehmend auf die Bekanntmachung vom 7. August 1923 geben wir bekannt, daß der Vorstand beschließen hat, den Mitgliedsbeitrag mit Wirkung vom 22. September 1923 auf 100 Millionen Mark mit Wirkung vom 29. September auf 200 Millionen Mark und mit Wirkung vom 6. Oktober auf 300 Millionen Mark festzusetzen.

Ungeheuer billig! gestiegen i. Preise sind alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Kleiner Anzeigen im Vorwärts sind aber immer noch. Bekleidungsstücke, Wäsche usw. ... Kaufgeschäfte, Möbelhäuser, eigene Werkstätten, etc.

Musikinstrumente. Flügel, Pianinos, Horninstrumente, Blasinstrumente, etc. ... Kaufgeschäfte. ... Kaufgeschäfte, etc.

Autoteile. Angellager, Autoteile kauft Gollberg, Schönhafer Allee 127. ... Autoteile, etc.

Arbeitsmarkt. Unterrichtslehre, Unterfuchung, etc. ... Unterrichtslehre, Unterfuchung, etc.

Sternzwirne • Nähgarne • Twist. Postträger, Gummiwand, etc. ... Sternzwirne, Nähgarne, Twist.

Verkäufe. Käufliche, Gegenstände wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie bei Fischer, Potsdamerstraße 103, Potsdam 6000. ... Käufliche, Gegenstände wenig gebrauchter Maschinen...

Kaufgeschäfte. ... Kaufgeschäfte, etc.

Autoteile. ... Autoteile, etc.

Arbeitsmarkt. ... Arbeitsmarkt, etc.